

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 $\frac{1}{2}$  Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.

24 $\frac{1}{2}$  Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

# Poener Zeitung.

Zweimdsigster Jahrgang.

**Annoncen: Annahme: Büros** der Poener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (E. & A. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Esser; in Grätz bei Hrn. Louis Streissand und Hrn. D. Kempner; in Bromberg E. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haase & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Wosse; in Berlin: A. Ritter, Schloßplatz; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Habath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

## Amtliches.

Berlin, 14. Januar. Se. R. der König haben Allernächst geruht: Dem Staatsanwalts-Gehülfen Meissel in Stettin den Charakter als Staatsanwalt; sowie den Regierungs-Hauptkassen-Oberbuchhalter Barthol zu Königsberg und Rehder zu Erfurt, dem Regierungs-Hauptkassen-Kassirer Leg zu Wiesbaden, den Regierungs-Sekretären Schmidt I. zu Königsberg, Schulz zu Posen, Sey und Scheffer zu Kassel und Scheurer zu Wiesbaden den Charakter als Rechnungs-Rath, und ferner den Regierungs-Sekretären Schwidop zu Königsberg und Wahrmuth zu Kassel den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

## Zur Tagesgeschichte.

Am Donnerstag hat im Abgeordnetenhaus die Schlussberathung über das Budget begonnen. Bis jetzt ist die Hoffnung der "Provinzial-Korrespondenz" nicht zu schanden geworden: Es ging soweit ganz glatt von Statthen. Die Hilsrichterfrage wurde dadurch gelöst, daß das Haus den Etat für drei neue Ober-Tribunalsräthe bewilligte und der Justizminister dafür erklärt, keine Hilsrichter mehr an das Ober-Tribunal berufen zu wollen. Die dadurch erzeugte freundliche Stimmung im hohen Hause mag dazu beigetragen haben, daß selbst die in der Vorberathung gestrichene Summe für eine neue Ober-Staatsanwaltstelle die Majorität — einer Stimme erhielt.

Auch der Streit über die Organisation Hannovers wurde durch einen Vermittelungs-Antrag des Grafen Schwerin glücklich beigelegt. Konzessionen hat dabei, wie der Abgeordnete Lasser richtig bemerkte, die Regierung allerdings nicht gemacht, denn sie erhielt mehr als sie verlangte.

Der Etat der meisten Minister ist bereits bewilligt. In der nächsten Sitzung dürfte das Budget zur Sprache kommen. Soweit man dem parlamentarischen Barometer trauen darf, glauben wir, daß auch diese Angelegenheit erledigt werden wird, ohne daß die Geißler, (wenngleich die Gemüthlichkeit in Geldsachen aufhort) auf einander plazieren. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Regierung mit großer Klugheit und mit Mäßigung besonders in der Form — "suaviter in modo," sagen die Lateiner — verfahren ist, um eine versöhnliche Stimmung bei den Abgeordneten zu erhalten. Selbst der Justizminister, welcher durchaus "keine liberalen Neigungen" hat und mit "aller Energie" die Rechte der Krone wahrnehmend, Hilsrichter nicht zu entbehren meinte, nahm gern die dargebotene Hand an.

So viel über unsere inneren Angelegenheiten, und nun einen Blick auf die Diplomaten in Paris. So eben geht uns eine telegraphische Meldung des Wolffschen Büros zu, also lautend:

**Paris, 15. Jan.** Das "Journal official" meldet: Gestern Konferenzsitzung, heute wiederum. Der "Konstitutionell" berichtet, daß der gestrigen dreistündigen Sitzung Nhangabe nicht beiwohnte. "Konstitutionnel" meint aber, trotz der Nichtbeteiligung des griechischen Gesandten lasse sich ein günstiges Resultat der Konferenz voraussehen, da Griechenland den Konferenzbeschlüssen sich voraussichtlich fügen werde.

Möglich! Die "Post" erhält allerdings eine andere Nachricht aus Paris und zwar folgende: "Die Vertreter der auf der Konferenz versammelten Mächte sind dahin übereingekommen, daß ihre Auftraggeber nicht zur Durchführung etwaiger Konferenzbeschlüsse verpflichtet sein sollen."

Wir möchten dieser Nachricht um so mehr Glauben schenken, als die "Franze" und der "Publik" glauben, daß die Konferenz ihre Arbeiten weiter fortführen und eine gemeinsame Erklärung formulieren werde, in welcher sie ihre Auffassung von dem griechisch-türkischen Konflikt aussprechen werde.

Die Konferenz wird ihre Auffassung in der Sache aussprechen, — das soll ihre große That sein. Griechenland und die Türkei mögen dann machen, was sie wollen. Unterdeß geht das Gerücht, wie die "Patrie" in ihrer Donnerstag-Nummer berichtet, daß in Athen die Fährung im Steigen sei und daß man zu wissen glaube, der König treffe bereits Vorbereitungen, um sich beim Eintreten gewisser Eventualitäten nach Nauplia zu begeben.

Ein Korrespondent des "Pester Lloyd" sieht schon die Flotten auseinanderstoßen. Als Freund der Türkei erwartet er von England, daß es der Pforte beispringe, nein, er weiß sogar schon, daß es so sein wird. Wie ich aus authentischer Quelle höre, schreibt er, will die Pforte, daß England im Falle eines Kriegs der Türkei Sicherheit auf dem Schwarzen Meere verschafft, d. h. daß eine englische Flotte Konstantinopel nahe genug sei, um noch vor einer russischen Flotte in die Dardanellen einzulaufen zu können. Gladstone ist entschieden auf Seite der Türkei, ja er scheint noch weiter gehen zu wollen als selbst sein Meister Palmerston. Thatliche ist es bereits, daß er die gesamte englische Flotte im Mittelmeer im Notfalle zur Disposition der Pforte stellen will. Im Ganzen wird die englische Flotte im Mittelmeer 17 Schiffe mit 235 Kanonen zählen."

Die "Indépendance belge" unternimmt es, Herrn v. Beust rein zu waschen von aller Mitschuld an der orientalischen Verwicklung. Sie läßt sich d. d. Konstantinopel, 11. Januar — der Brief ist vielleicht aus Wien — folgendes schreiben: "Abendblätter haben behauptet, der österreichische Botschafter habe die Pforte ganz besonders zu den Zwangsmahregeln gegen Griechenland gedrängt, woran endlose Kommentare über Beust's

orientalische Politik, die Rolle Österreichs u. dgl. m. geknüpft wurden. Wir hier wissen freilich, daß Frhr. von Prokesch gleich seinen Kollegen, den anderen Vertretern der Großmächte, den Plan eines Bruches mit Griechenland erst erfuhr, nachdem derselbe im Ministerrathe festgestellt und die dem Ultimatum vorhergegangene Note zur Absendung nach Athen bereit lag. Es ist den Türken einmal gelungen, etwas Energie zu beweisen, einen selbstständigen Entschluß zu fassen, ihre gewöhnliche Indolenz abzuschütteln, und man will ihnen jetzt nicht einmal das Verdienst der Initiative zuerkennen. Alles sollen auch diesmal wieder die Anderen gemacht haben!"

## Deutschland.

**Berlin, 13. Jan.** Wie die "Z. R." hört, soll es in der Absicht liegen, das Oberpräsidium in Königsberg demnächst durch einen Stellenwechsel zu beleben.

Mehrere Eisenbahn-Gesellschaften haben das System der Prämierung der Betriebsbeamten eingeführt; so hat die Köln-Mindener Prämien für die Zug- und Lokomotivführer ausgesetzt, welche die Kurier- und Schnellzüge regelmäßig heranbringen; die Rheinische hat ein ähnliches System für die sämtlichen Schnell-Personen- und gemischten Züge auf ihren Hauptstrecken in Anwendung gebracht. Die Erfolge sind vielseitig anerkannt, so auch von dem Handelsminister durch eine Verfügung, in welcher sämtliche königliche Eisenbahndirektionen und die der unter Staatsaufsicht stehenden Bahnen anweisen, von diesem System und seinen Folgen Kenntnis zu nehmen und sich gutachtlich darüber auszusprechen, ob und wie weit die Einführung ähnlicher Einrichtungen auf den unter ihrer Verwaltung stehenden Bahnen sich empfehle.

In Potsdam starb am 8. d. M. Dr. theol. Heinrich Elster nach langjährigem Leiden. Derselbe nahm unter den Kämpfern für die evangelische Union wie unter den Beförderern des Gustav-Adolph-Vereins eine hervorragende Stellung ein und hat auch in einer 30jährigen Wirkung als Prediger unermüdlich für die Freiheit der evangelischen Kirche eingesetzt.

Dr. Thadäus Laut, verurtheilt zu 14 Tagen Gefängnis wegen öffentlicher Verleumdung der Redakteure der ehemaligen "Neuen Frankfurter Zeitung", ist auf Bericht des Justizministers insoweit begnadigt worden, daß die Gefängnisstrafe in eine Geldbuße von 25 Thalern umgewandelt ist.

Die Wiesbadener haben ihren "Wahlverein" aufgelöst und beschlossen, sich fortan entweder zur Fortschrittspartei oder zu den Nationalliberalen zu halten.

**Danzig, 14. Jan.** Die gestrige Wahlmännerversammlung, welche unter Vorsitz des Herrn Dr. Lewin stattfand, war von ca. 150 Wahlmännern besucht. Herr Mitt.rgutsbesitzer Pohl schlug im Namen der liberalen Wahlmänner des Landkreises den früheren Abg. Hrn. Mitt.rgutsbesitzer Thompsen-Feserig zum Kandidaten für die Abgeordnetenwahl vor. Von mehreren Rednern wurde das Bedauern ausgesprochen, daß der Wahlkreis selbst keinen Kandidaten stellen könne, auch wurde es bedauert, daß der Landkreis nur einen Kandidaten präsentire, während er nach dem Wortlaut des Beschlusses vom Oktober 1867 mehrere Kandidaten präsentiren müsse. Die Herren Pohl, Buchholz und v. Franzius erklärten darauf, daß es ihnen nicht gelungen sei, eine größere Liste von Kandidaten zu präsentieren. Schließlich wurde Hrn. Thompsen mit allen gegen 3 Stimmen als Kandidat aufgestellt. In Bezug auf die politische Stellung des Herrn Thompsen erklärte Herr Pohl, daß derselbe dem linken Zentrum angehört habe und daß er bei den Gelegenheiten, wo es darauf angekommen, die auswärtige Politik des Grafen Bismarck zu unterstützen, mit der national-liberalen Partei gestimmt habe. (D. 3.)

**Gumbinnen, 13. Jan.** Der Flecktyphus zeigt sich ahermals im hiesigen Kreise, doch ist als festgestellt zu betrachten, daß die Krankheit durch Einschleppung aus Russland im diesseitigen Regierungsbezirke hier und da aufgetreten ist. In den an den Kreis Stallupönen grenzenden polnischen Distrikten ist die Roth unter der arbeitenden Bevölkerung nämlich bedeutend größer, als im vorigen Jahre. Die russischen Behörden gestehen jetzt offen ein, daß als eine theilweise Folge schlechter Nahrung, der Typhus in den an Preußen grenzenden Ortschaften und Städten in außergewöhnlichem Maße herrscht und verbreitet ist, so daß z. B. in Königsberg die Zahl der Erkrankten bereits über Tausend betragen soll. Befolge dessen findet ein außerordentlicher Sudrang von polnischen Bettlern und Bagabunden nach dem preußischen Gebiete statt, wodurch die Gefahr der Einschleppung des Typhus herausbeschworen wurde. Es sind denn auch jüngst zwei Reisende, welche aus Polen kamen, in Egdahnen erkrankt und bald darauf, wie ärztlich festgestellt ist, am exanthematischen Typhus gestorben.

**Hamburg, 12. Januar.** In der schon bekannten Presseprozeßsache gegen die "Montagnachrichten" sind die Herren D. Reinmann und W. Marr heute ihrer Haft entlassen, nachdem der Anwalt dieser Herren, Herr Dr. jur. Edward Banks, die Geldkulation für sie geleistet hat.

Aus Mecklenburg meldet man der "H. B.-H.", daß gegen den Mecklenburgischen Handelsverein wegen seiner Bestrebungen für Einführung einer budgetmäßigen Verwaltung im Lande eine Kriminaluntersuchung eingeleitet ist.

**Braunschweig, 11. Januar.** An Stelle des Staatsanwalts Schäse wurde am 6. d. M. im 3. Braunschweigischen Wahlkreise nahezu einstimmig der ebenfalls der national-liberalen Partei angehörige Hüttenbesitzer Ferdinand Koch zur Kalschütte bei Delligsen zum Reichstagsabgeordneten gewählt. (H. A. 3)

**Zuerst** 1 $\frac{1}{4}$  Sgr. für die fünfgesparte Zeile oder deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

## Oesterreich.

**Wien, 12. Januar.** Die "Neue Freie Presse" veröffentlicht die türkische Depesche vom 30. Dez. vor. Jahres, in welcher der Standpunkt der türkischen Regierung nachdrücklich dargelegt wird. Die hohe Pforte hätte nur zwischen einer unmittelbaren Kriegserklärung und einem Abbruch der diplomatischen und kommerziellen Beziehungen mit Griechenland die Wahl gehabt. Sie habe beschlossen, das Letztere zu thun, um die Verantwortlichkeit für Entzündung eines allgemeinen europäischen Brandes zu vermeiden. Von der vorgeschlagenen Konferenz könne die Pforte kein praktisches Resultat erwarten; sie könne prinzipiell unmöglich auf eine Konferenz ohne von vorn herein bekanntes Programm eingehen und ebensowenig ein Zugeständniß betreffs der fünf Punkte des Ultimatums machen, welche das Minimum der Forderungen bildeten, die zur Wiederherstellung der Beziehungen mit Griechenland gewährt werden müßten. Uebrigens sei der türkische Bevollmächtigte angewiesen, die Konferenz zu verlassen, sobald die Beratung über die schwedende Frage hinausgehe und die Kretische Frage oder irgend welche territoriale oder administrative Einrichtung der Türkei berühre.

Die Beschlagnahme des päpstlichen Schreibens ist von dem zuständigen Gerichtshof bestätigt worden. Das betreffende Schreiben des Papstes begründet in Folge des Bestätigungsbeschlusses den Thatbestand einer Verhöhnung der Gezege und einer Gutheissung ungesehlicher Handlungen.

Die "Vorstadt-Zeitung" berichtet über neue Ereignisse, die in der Josephstadt der Kaserne vorgekommen sind, und bringt die Nachricht, daß die Spannung zwischen den Husaren und den Ulanen in jener Kaserne so groß sei, daß ein größerer Zusammenstoß befürchtet werden müsse.

Die "Wiener Zeitung" kündigt eine lange Reihe von Presseprozessen an. Die Staatsbehörde, so meldet sie, sah sich veranlaßt, auch gegen jene Blätter einzuschreiten, welche das Schreiben Sr. Heiligkeit des Papstes an den Redakteur des "Tiroler Volksblatt" reproduziert hatten. Demgemäß soll wider die Redakteure der "Debatte", der "Vorstadt-Zeitung", des "Neuen Fremdenblatt" und des "Wanderer" welche heute bereits bei der Preßpolizei ihr erstes Verhör bestanden, die Anklage wegen Auferachtlassung pflichtmäßiger Obsorge und Aufmerksamkeit nach Art 3 des Geiges vom 15. Oktober v. J. erhoben werden. Der Text des Schreibens war bekanntlich zuerst vom "Volksfreund" veröffentlicht worden.

**Wien, 14. Januar.** (Tel.) Gegenüber der Mittheilung der hiesigen "Morgenpost" von einer vertraulichen Depesche des diesseitigen Gesandten in Berlin, Graf Wimpffen, an den Reichskanzler, betreffend den angeblich verlangten Rücktritt des letzteren, erklärt die "Abendpost", daß weder diese Depesche noch eine ähnliche existiere.

**Lemberg, 10. Januar.** Die von den polnisch-nationalen Ultra's gemachten Anstrengungen zur Polonisierung der jüdischen Bevölkerung Galiziens sind als völlig gescheitert zu betrachten. Das Projekt der Gründung einer polnisch-jüdischen Zeitung, wie der mit grossem Geräusch ins Leben gerufene Verein zur Verbreitung der polnischen Sprache unter den Juden, haben bei der jüdischen Bevölkerung auch nicht die geringste Theilnahme und Unterstützung gefunden, vielmehr als Attentate gegen ihre deutsche Muttersprache ihren ganzen Unwillen erregt. Als ein Beweis der geistigen Regsamkeit der galizischen Juden und zugleich ihrer Abhängigkeit an die deutsche Sprache mag die Thatsthe gelten, daß hier in Lemberg 5, ausschließlich für Juden, bestimmte deutsche Zeitschriften erscheinen, und die Herausgabe zweier anderer deutsch-jüdischer Zeitschriften, darunter einer illustrierten, projektiert ist. — Die polnischen Parteidörfer setzen mit ungeschwächtem Eifer ihre oft alles Maß übersteigende Polemit gegen die Abhängigkeit der Juden an die deutsche Sprache fort und stellen die Polonisierung der Juden als notwendige Bedingung zur Erlangung der vollständigen Gleichberechtigung auf, doch alle diese Mahnungen und Drohungen haben bis jetzt keinen andern Erfolg gehabt, als daß sie die Juden in ihrer Abhängigkeit an das Deutschtum nur noch mehr befestigt haben. (Ostsee-Z.)

**Lemberg, 12. Januar.** Die in Ostgalizien weilenden polnischen Abgeordneten versammeln sich hier, wie der "Debatte" telegraphiert wird, seit der Mitte der vergangenen Woche und besprechen vor ihrer gemeinsamen Abreise nach Wien alle Eventualitäten in der galizischen Resolutionssache. Zu einem Beschuß wird es indessen nicht kommen, da die hier versammelten Abgeordneten bloß einen Bruchteil der polnischen Delegation bilden. — Die Stimmung der Versammlung ist aber eine sehr oppositionelle, und auch die Eventualität eines Austrittes aus dem Reichsrathe wurde ins Auge gefaßt. In polnischen Kreisen herrscht jedoch immer noch die Ansicht, daß bei der Geneigtheit des Kaisers und des Hofes gegen die Polen das Zustandekommen eines Kompromisses noch möglich sei. Was das Schicksal der Resolution des galizischen Landtages betrifft, so scheint uns die Nachricht des "Gazas", wonach das Ministerium beschlossen hätte, dieselbe nicht dem Reichsrath vorzulegen, wenn nicht anders, so doch verfrüht. Eine binnen Kurzem erwartete Interpellation des Abgeordneten Grocholski an den Minister Gisla wird wahrscheinlich Klarheit in diese Frage hineinbringen — Der hiesige demokratische Verein hat durch den Austritt des bekannten Historikers Heinrich Schmidt eins seiner bestägi

Mitglieder verloren. Dem Beispiele dieses Mannes wird wohl noch so mancher folgen, da der Verein durch sein Treiben von hoher Politik nur den Fluch der Lächerlichkeit auf sich geladen hat. — Auf Verlangen des Gemeinderaths von Wieliczka hat die Regierungskommission am 6. d. eine schriftliche Erklärung des Inhaltes abgegeben, daß ihrer Überzeugung gemäß durch die Folgen des Wasserrutes in den wieliczkaer Salinen der Stadt für jetzt keine Gefahr drohe und daß auch in Zukunft kein Unglück erfolgen dürfe, wenn die projektierten und schon begonnenen Arbeiten durchgeführt werden.

Aus Westgalizien wird der „Bresl. Ztg.“ geschrieben: „Während unsere polnischen Heilsponde auf Krieg hoffen, giebt es hier doch auch noch Leute, die mit der friedlichen materiellen Entwicklung des Landes, zumal auf volkswirtschaftlichem Gebiete sich beschäftigen, wo in jüngster Zeit mancher erfreuliche Fortschritt gethan worden. So ist auch die Gründung der „Galizischen Handels- und Industrie-Gesellschaft“ in Krakau zu erwähnen, welche mit einem Kapital von 6 Millionen Gulden eine Schöpfung der ersten Domänenbesitzer und Kapitalisten des Landes ist. Wie wir hören, beabsichtigt jene Gesellschaft auch dem Korn- und Bauholzexport Galiziens nach Preußen und Norddeutschland einen großartigen Aufschwung zu verleihen, was im Interesse unserer ungünstigen finanziellen Verhältnisse in der That zu wünschen wäre. So viel steht jedenfalls fest, daß unsere Handelsbeziehungen zu Preußen und Deutschland noch einer großen Entwicklung fähig sind.“

**Pest.**, 12. Jan. Telegraphische Berichte aus Erlau melden, die Heveser Komitats-Kongregation habe sich geweigert, den bekannten Beschluß bezüglich eines Misstrauensvotums gegen den Reichstag und die Regierung zurückzunehmen, worauf heute Vormittags durch Graf Szapary als Regierungskommissär die Kongregation aufgelöst wurde. Die Linke ist im Heveser Komite entschieden in der Majorität.

— Joh. v. Simor, Erzbischof von Gran, Primas von Ungarn, hat der „Pr.“ aufzufolge in Betreff des interkonfessionellen Gesetzes einen Hirtenbrief an den ungarischen Clerus gerichtet und denselben zum „Gehorsam gegen die Gesetze“ ermahnt.

**Frankreich.** Paris, 12. Januar. Durch kaiserliches Dekret vom 30. Dezember 1868 sind die Herren Margarot, Maire von Langlade, Fabre-Bidal, Maire, und Reboul, Adjunkt des Maires von Calvißon, und Boissier-Lambon, Adjunkt des Maire's von Bauvert ihres Amtes enthoben worden. Im „Indep. du Midi“ finden wir einen Brief des eben erwähnten Herrn Boissier-Lambon, der über die Beweggründe dieser Maßregel Aufschluß gibt:

„Ich ward meines Amtes als Adjunkt am 22. Dezember 1868 enthoben, weil ich einer Vereinigung beigewohnt, die bei meinem Freunde, Herrn Durier Soulier, stattgefunden hatte. Da diese Vereinigung nach der Suspension der Hh. Maires von Calvißon und Langlade erfolgte, so zweifelte ich nicht einen Augenblick an der meinigen. Ich glaubte jedoch nicht, daß mir die Ehre einer Amtsentsezung zu Theil werden würde. Heute, am 2. Januar, habe ich diese würdige Belohnung empfangen. Daher nur so fort zu bedrohen, zu suspendiren und abzusezen, und ihr werdet immer mehr und mehr die Männer von euch entfernen, welche das Gefühl ihrer Würde und den Mut ihrer Überzeugung haben. Mit diesem System werdet ihr bald dahin gelangen, nur noch Männer zu Vertretern zu haben, die ohne Charakter, nicht aber ohne Ehrgeiz sind. Da mir meine Menschenwürde wert ist, so schäme ich mich glücklich, daß sich die Regierung mir gegenüber mit keiner halben Maßregel begnügt hat. Genehmigen Sie ic. Boissier-Lambon, Eg. Adjunkt.“

— Der „Konstitutionnel“ sagt über die spanischen Verhältnisse: „In Spanien vollzieht sich jetzt unter den Parteien eine Bewegung, die zu beobachten von Interesse ist. Man erinnert sich des Enthusiasmus, mit dem im Anbeginn der Revolution die Verschmelzung aller liberalen Parteien begrüßt wurde. Heute trennt sich die progressistische Partei von der „liberalen Union“ und nähert sich den Republikanern. Zum Vortheil welcher Partei wird dieses Bündnis aussfallen? Steht nicht zu fürchten, daß die republikanische Partei den alleinigen Nutzen davon zieht? Welche Rolle wird inmitten aller dieser Evolutionen der Marschall Prim annehmen, dessen ausnehmende Zurückhaltung bis jetzt allgemein bemerkbar worden ist? Worauf werden andererseits die Kundgebungen hinauslaufen, die man jetzt zu Gunsten Spartero's zu machen beginnt? Bisher müssen wir den Sieg, den die Republikaner in den Municipalwahlen von Kadix davongebrachten haben, als ein Symptom von Bedeutung verzeichnen.“

### Das Jahr 1869 als Säkular-Jahr.

(Aus der „Spenerischen Zeitung“.)

Gleich dem Jahre 1868 ist auch das Jahr 1869 das Säkular-Jahr einer ungewöhnlich großen Menge weltistorisch wichtiger Begebenheiten. Bereits zweitausendvierhundert Jahre seit der Konsolidirung der durch Cyrus begründeten großen persischen Monarchie durch eben denselben und seit der Rückkehr der Juden aus dem babylonischen Exil verflossen (531 v. Chr. G.). Hundert Jahre weniger seit dem Ausbruche des, durch einen Zwist der Korinther und Korcyraer veranlaßten, Griechenland durch 28 Jahre verherrenden, furchtbaren peloponnesischen Krieges (431 v. Chr. G.); und wieder hundert Jahre weniger seit der Besiegung der großen persischen Monarchie durch Alexander's von Macedonien Sieg bei Urbela und Gangamela (331 v. Chr. G.). Zweihunderttausende verrannen seit dem ersten Feldzuge der Römer im transalpinischen Gallien; seit dem (scheiternden) Versuche des Tiberius und Caius Gracchus in Rom, das Elend des gemeinen Volkes durch soziale Änderungen zu mildern; dagegen seit der Neuerbung des jüdischen Staates durch Johannes Hyrcanus und der Entstehung der jüdischen Religionssäkten: der Phariseer, Sadduceer und Esser (131 v. Chr. G.); hundert Jahre weniger, seit der große Seesieg des Triumvir Octavianus über seinen Kollegen Antonius, bei dem westgriechischen Vorgebirge Actium (am 2. September des Jahres 31 v. Chr. G.), des Ersten Alleinherrschers im römischen Weltreiche und damit die Umwandlung der römischen Republik in eine Monarchie (Kaisertum) begründete. Achtzehn Jahrhunderte verflossen seit der Thronbesteigung des römischen Imperators Vespasianus, siebzehn seit dem Tode des Kaisers Lucius Aurelius Verus, des Besiegers der den Römern furchtbaren Parther (69 und 169 n. Chr. G.). Anderthalb Jahrtausende sind es her, daß (369 n. Chr. G.) die Ostgoten unter Hermanrich am Don und Dnieper, die Westgoten unter Athanrich zwischen diesem Flüsse und der Donau ihre Heile gründeten, und nur fünfzig Jahre weniger, seit dieser Letzteren, unter ihrem Könige Wallia, über die Pyrenäen (419) in Spanien eindrangen, zu dessen Herren sie sich fünfzig Jahre später, unter ihrem Könige Euric, durch gänzliche Vertreibung der Römer machten (469).

Wenden wir uns von derjenigen des klassischen Alterthums der Zeit des Mittelalters zu! Da finden wir, daß gerade ein Jahrtausend verrann seit der Gründung des Königreichs Navarra durch den Grafen Garcias, seit der Einführung der Dänen in Nord- und Ost-England und seit dem Erscheinen des ersten Schriftwerkes in deutscher Sprache (durch den gelehrten Mönch Osfried) und dem ersten Auffinden von Gold und Silber in Deutschland (869). Fünfzig Jahre weniger sind es her, daß in Konstantinopol der Seeheld Romanus als „Romanus I.“, in Deutschland aber der tapfere und kluge Sachsenherzog Heinrich der Vogelsteller als „Heinrich I.“ den Kaiserthron bestieg (919), und fünfzig Jahre weniger, daß der tapfere oströmische Kaiser Johannes Zimisches durch seinen Sieg über die vereinigten Russen und Bulgaren das byzantinische Reich vom Untergange rettete (969).

Siebenhundert Jahre verflossen seit der Thronbesteigung Wilhelms des Gürtigen, Königs von Neapel und Sizilien (1169); sechshundert Jahre

— Der „Gaulois“ sagt: „Die spanischen Regierungsorgane sind mit Recht unzufrieden über die Intimität, welche zwischen der französischen Kaiserfamilie und der Familie Isabellas II. besteht. Nicht allein, daß die Aufnahme, welche der Ex-Königin zu Theil wird, wenig politisch ist, sie wird sogar mit einer gewissen Affektion zur Schau getragen, was um so unbegreiflicher ist, als man unmöglich voraussehen kann, daß zwischen den Bonaparte's und den Bourbons eine auf Gegenseitigkeit und auf Gleichheit der Neigungen begründete Freundschaft bestehen könne. Um unparteiisch zu sein müssen wir indeß hinzufügen, daß man vermieden hat, Isabella II. zu den Tuilerienbällen einzuladen, trotz ihrer Bemühungen in dieser Beziehung. Man würde es jedoch von spanischer Seite vorziehen, die Königin zu den großen Empfängen zugelassen, aber von der Intimität ausgeschlossen zu sehen.“ — Der Prinz von Asturien ist, wie man hört, in das Kollege Stanislas aufgenommen worden. Es hat einiges Aufsehen gemacht, daß es der entthronten Königin gestattet wurde, am letzten Sonntage die Messe in der Tuilerien-Kapelle zu hören.

### Spanien.

**Madrid.** 14. Jan. (Tel.) Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge ist der Belagerungszustand in Malaga aufgehoben worden.

— Aus Kuba wird über Washington, 13. Januar, gemeldet, daß General Dulce allen bei der Insurrektion Beteiligten, welche sich innerhalb 40 Tagen ergeben, Pardon zugesichert habe.

### Italien.

**Florenz.** 13. Jan. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer wurden mehrere Interpellationen in Betreff der Ausführung des Mahlsteuergesetzes in den Provinzen und der dem General Cadorna übertragenen Vollmachten angemeldet. Die Regierung erklärte, daß sie gegenwärtig noch nicht in der Lage sei, die Interpellationen zu beantworten, da sie noch mehrere Berichte erwarte. Die Ordnung sei überall vollzommen wieder hergestellt. — Der Finanzminister Graf Cambray-Digny machte die Mitteilung, daß im Königreiche der fünfte Theil der Mühlen geschlossen sei, der zehnte Theil auf Rechnung der Regierung arbeite und  $\frac{1}{10}$  im Gange seien und die Steuer entrichten. — Der Antrag Mußis eines Mitgliedes der Linken, wonach die Interpellationen am 21. Januar zur Debatte kommen sollen, wurde angenommen.

### Großbritannien und Irland.

— Der Korrespondent der „Times“ in Philadelphia stellt folgendes Programm auf, welches alle Zugeständnisse enthält, die irgendwie auf Ratifizierung seitens des Senates in der Alabama-Angelegenheit rechnen dürfen:

1) Die britische Regierung muß ihre pekuniäre Haftbarkeit für die von der „Alabama“, „Chenandoa“, „Florida“ und „Sumter“ ausgeführten Raubzüge anerkennen, und sich bereit erklären, den Beitrag zu zahlen, welcher von der zu ernennenden gemeinschaftlichen Kommission festgestellt werden wird. 2) die Kommission soll aus vier Mitgliedern, zwei für jede Nation, bestehen, welche zusammen einen Obmann wählen. 3) Diese Kommission soll sich mit der Erledigung solcher Ansprüche befassen, welche ihr durch amerikanische Bürger vorgelegt werden, und sich auf die Verabredungen seitens eines der genannten Kaperschiffe gründen. In jedem einzelnen Falle hat die Kommission nach genauer Untersuchung den zu zahlenden Geldbetrag festzustellen. 4) Nachdem die Ansprüche dieser Klasse erledigt sind, soll die Kommission alle anderen Klassen von Ansprüchen amerikanischer Bürger gegen England seit dem Jahre 1853, so wie mit den Ansprüchen britischer Unterthanen gegen die Vereinigten Staaten beschäftigen, mit Einschluß folgender Klassen: Ansprüche seitens britischer Unterthanen, welche ihren permanenten Aufenthalt in den Vereinigten Staaten genommen haben; Ansprüche, in welchen der Kläger nicht im Stande ist, seine Neutralität während des letzten Bürgerkrieges nachzuweisen, und Ansprüche bezüglich solcher Fälle, welche schon vorher vor einem Admiraltäts-Gerichte zur Entscheidung gelangten.

Diesen Entwurf (so sagt der Times-Korrespondent) bezeichnet das Gericht als Ergebnis einer Zusammenkunft „vieler hervorragender Senatoren, unter ihnen Mitglieder des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten“, und wie es heißt, soll derselbe sich auch der Zustimmung Mr. Seward's erfreuen.

seit dem ersten Meß-Privilegium in Leipzig und der Einführung der ersten Brillen in Deutschland (1269); fünfhundertfünfzig Jahre aber seit der Vereinigung von Arragonen, Katalonien und Valencia zu einem Reiche, und seit in Norwegen mit Halon VII. der männliche Stamn von Harald Haarfagri (das Haus der „Inglinger“) ausstarb und das schwedische der Hultunger den norwegischen Thron bestieg (1319). Gerade ein halbes Jahrtausend ist es her, daß der Hirtensohn Timurlenk (oder Tamerlan) durch seine wilde Tapferkeit sich zum Groß-Khan von Chagatai in Mittel-Asien aufschwang und damit seine Rolle als Weltkönig und zweite Gottesgefäß (die erste war bekanntlich Attila) begann (1369). Vierhundertfünfzig Jahre verflossen seit dem Ausbruche der graueleichen, bis 1436 dauernden Hussitenkampfes und seit dem Beginn der portugiesischen Entdeckungen in Afrika (1419); vierhundert Jahre aber seit der Entstehung der Büchergesetzgebung und seit dem Beginn der Entdeckung von Ober-Guinea (1469).

Vierhundertfünfzig Jahre verflossen seit der Gelangung Karls I. von Spanien als „Karl V.“ zum deutschen Kaiserthron (am 28. Juni 1519) und seit der Entdeckung von Mexiko durch Fernando Cortes, sowie der Philippintischen Inseln und der nach ihm benannten Meeresträfe durch Fernando Magalhaens (1519). Dreihundert Jahre sind es her, daß durch den Jagellonen Sigismund II. die bisherige Personal-Union von Polen und Litauen in eine fest Real-Union umgewandelt und seit Toscana durch den Papst Pius V. zum Großherzogthum erhoben wurde (1569). Ein Viertel-Jahrtausend verfloss seit dem Tode des brandenburgischen Kurfürsten Johann Sigismund und der Thronbesteigung seines Sohnes Georg Wilhelm, des Vaters des „großen Kurfürsten“. Dergleichen seit dem Tode des deutschen Kaisers Matthias und der Thronbesteigung seines Neffen Ferdinand II., Erzherzogs von Österreich-Stiermark. Zwei Jahrhunderte verflossen seit der Eroberung der (bis dahin venetianischen) Insel Kandia durch den türkischen Großvezier Mohamed Kuprili, nach vierundzwanzigjährigem Kriege (1669). Hundertfünfzig aber seit der schwedischen Abtreitung der Herzogthümer Bremen und Verden an Hannover und von Stettin an Preußen.

Gerade ein Jahrhundert verflossen seit der Thronbesteigung des ausgezeichneten Papstes Clemens XIV. (Ganganelli, am 3. Februar 1769); seit der Bestätigung von Louisiana durch die Spanier, seit dem Verkauf von Korsika durch die Genueser an Ludwig XV. und der Unterwerfung dieser Insel durch die Franzosen; seit dem Beginn der für die Wissenschaften so förderlichen, bis 1771 dauernden Weltumsegelung Cook's und Banks', und seit den Siegen der Russen unter Galizyn und Romanoff über die Türken in Kessababien, der Moldau und Walachei (in der zweiten Hälfte des Jahres 1769).

Dergleichen ist das bevorstehende Jahr auch noch ein halb-Säkular-jahr für die nachfolgenden Begebenheiten: Es verflossen fünfzig Jahre seit dem Tode König Karl's IV. von Spanien (stirbt zu Neapel am 19. Januar 1819); seit der Ermordung Robespierre's durch den Studenten Sand zu Mannheim (am 23. März 1819); seit der Bekanntmachung der Karlsbad-Beschlüsse wegen einer allgemeinen Executions-Ordnung, Befreiung, Universitätsaufsicht und eines politischen Gerichts zu Mainz (am 20. Sep-

### Rußland und Polen.

**Petersburg.**, 13. Januar. Heute wurde die erste Nummer der neuen offiziellen Zeitung unter dem Titel „Regierungsbote“ ausgegeben. Der „Regierungsbote“ kündigt an, daß er nur faktische, politische Nachrichten bringen werde, die ihm durch das auswärtige Ministerium mitgetheilt sind.

— Wie verlautet, beabsichtigt der russische Hof eine dritte Residenz in Kiew zu gründen und im Frühjahr daselbst einen längeren Aufenthalt zu nehmen. Die Bedeutung dieses Entschlusses für die orientalische Frage — der Hof in der nächsten Nähe der politisch-n-Werkstätten im Osten — wird vornehmlich in polnischen Kreisen lebhaft erörtert.

— Das Königlich sächsische Ministerium der Justiz veröffentlicht im „Dressd. S.“ eine auf Mittheilungen des kaiserlich russischen Ministeriums der ausw. Ang. beruhende Bekanntmachung in Betreff der seit dem Jahre 1864 in einigen Theilen des russischen Reichs ins Leben getretenen neuen Gerichtsorganisation und des Verfahrens vor den Gerichten. Wir entnehmen dieser Bekanntmachung Folgendes:

1) Die Gouvernements, in denen die neue Gerichtsorganisation bereits durchgeführt worden ist, umfassen die Bezirke der Gerichte 1) Petersburg, Nowgorod, Plostau, mit dem Obergerichte (Palate) zu Petersburg, 2) Moskau, Bladimir, Kaluga, Rjasan, Twer, Tula, Jaroslaw, mit dem Obergerichte zu Moskau, und 3) Charlow, Tiefaterinoslaw, Kursl, Orel, Tambow und Woronesch, mit dem Obergerichte zu Charlow. Nach der neuen Gerichtsorganisation ist die Justiz von der Verwaltung auch in der untersten Instanz völlig getrennt. Letzteres ist übrigens auch im Großherzogthum Finnland und den Ostseeprovinzen der Fall.

Bei Begehung des Rechtsweges hat sich der Kläger mit seinem Anspruch an den Friedensrichter zu wenden, wenn die Forderung 500 Rubel oder weniger beträgt, und an das Bezirksgericht, wenn sie über diese Summe hinausgeht. Die Appellation geht von den Friedensrichtern an die Friedensrichterversammlungen, von den Bezirksgerichten an die Gerichtspaläste; die dritte und letzte Instanz für das ganze Reich bildet der Senat. Die Verhandlung vor dem Friedensrichter ist mündlich und summarisch, der Spruch erfolgt in der Regel sofort nach der Verhandlung. Die Parteien können sich sowohl bei den Verhandlungen vor dem Friedensrichter, als auch bei denen vor dem Bezirksgerichte, durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Daß der Vertreter ein immatrikulirter Advokat sei, ist nicht unbedingt erforderlich; vielmehr kann die Vertretung von jedem übernommen werden, welcher die Fähigkeit besitzt, seine eigenen Rechte vor Gericht in Person zu verfolgen.

2) Andere Grundsätze in Betreff der Zuständigkeit und des Verfahrens der Gerichte gelten in den Gouvernements, in denen die Gerichtsverfassung unverändert geblieben ist.

Hier ist bei liquiden Forderungen eine vorläufige summarische Prozedur durch die Polizei nachgelassen; zur Vermittelung eines solchen Verfahrens ist das kaiserlich russische Ministerium des Außenfern auch jetzt noch auf gesetzliche Verwendung bereit. Soll diese Vermittelung aber einen Erfolg gehabt werden, wožu allenfalls auch eine, die Unterchrift des Schuldners tragende Rechnung genügt. Mit einfachen vom Schuldner unterschriebenen Fakturen ist in der Regel nur dann etwas auszurichten, wenn der Schuldner bei deren Vorlegung die Forderung sofort als richtig anerkennt. Läßt er gegen das von ihm unterschriebene Document eine Einwendung, so wird der Kläger auf den Rechtsweg verwiesen. Die Sache geht dann in erster Instanz an das Kreisgericht und in zweiter an ein Bivilpalat. Im gerichtlichen Verfahren ist jedoch mittelst einfacher Fakturen, sobald der Schuldner eine Verbindlichkeit in Abrede stellt, so wenig wie im vorhin beschriebenen Wege etwas auszurichten, da nach russischen Prozeßrechten der Eidesantrag nicht zulässig, vielmehr der Beweis durch Urkunden und Zeugen zu führen ist. Als erste gelten u. a. beglaubigte Auszüge aus den Kaufmännischen Büchern, jedoch nur russischen Kaufleuten erster und zweiter Güte gegenüber. Der Schuldner wird solchen Fakturen zur Edition seiner eigenen Bücher veranlaßt. Leistet er, wozu er an sich übrigens nicht verpflichtet ist, dieser Aufforderung Folge und stimmt seine Einfrage mit denen in den Büchern des Klägers überein, so gilt der Beweis für erbracht.

Aus dem Bemerkten ergibt sich, daß die, welche Bewohnern des russischen Reiches Kredit geben wollen, gut thun, sich Wechsel oder Schuldcheine vom Schuldner ausstellen zu lassen, oder wenigstens dafür Sorg zu tragen, daß von demselben die ihm bei Lieferung der Ware mitübersendete Rechnung durch unterschriftliche Vollziehung anerkannt werde.

Zude in Russland zu gebrauchende Vollmacht ist vor einem hiesigen Gerichte zu rekonnoitiren, auch die Recognition mit der üblichen Legalisation zu versehen.

### Türkei und Donaufürstenthümer.

**Konstantinopel.**, 9. Jan. Hobard Pascha berichtet an die Regierung, daß die auf einem türkischen Schiffe transportirten Insurgenten in einer Entfernung von drei Meilen von

September 1819 und seit der Eröffnung des deutschen Ministerial-Kongresses zu Wien (am 25. November 1819).

Stelleicht kein einziges Jahr ist so reich gewesen an bedeutenden Männern, welche in ihm das Licht der Welt erblickten, als 1869, und so haben wir denn 1869 als Säkular-Jahr ein Menge von Personen, die theils als Helden, Regenten oder Staatsmänner, theils auf den Gebieten der Wissenschaft und der Dichtkunst sich auszeichnen, zu feiern. Wir nennen von ihnen zuerst Napoleon Bonaparte, welcher am 15. August 1869 zu Ajaccio auf der Insel Korsika als der zweite Sohn des Advoats Carlo Bonaparte und der Signora Léonie Ramolino das Licht der Welt erblickte. Gleich dem Sieger von Lodi und Arkole, von Austerlitz, Jena und Wagram waren auch mehrere seiner namhaftesten Generale im Jahre 1869 geboren. So namentlich die Marschälle Ney und Soult. Dieser ward am 29. März 1869 zu Saint Armand bei Toulouse, jener am 10. Januar desselben Jahres zu Saarlouis geboren. Auch Napoleons und jener beiden Marschälle siegreicher Gegner Wellington wurde — eine eigentliches Ironie des Zufalls! — im Jahre 1869, und zwar am 1. Mai geboren. Aber nicht dieser allein, sondern auch noch zwei andere namhafte Gegner des französischen Kriegsfürsten, erblickten im gleichen Jahre mit ihm das Licht der Welt. Der Eine von den beiden ist der Graf (später Fürst) Ludwig Adolph Peter von Sayn-Wittgenstein-Berleburg, geboren am 6. Januar 1869, welcher in russischen Diensten mit Tapferkeit und Umsicht gegen Napoleon I. stritt; der Andere ein einfacher, aber mannhafter Gelehrter: der Professor Ernst Moritz Arndt, geboren aus bürgerlichem Stande am zweiten Weihnachtsfeiertage zu

der Stadt Syra ausgeschifft und entwaffnet wurden, um die Bevölkerung nicht in Unruhe zu verlegen.

**Konstantinopel.** 11. Jan. Die „Turquie“ meldet: Sadik Pasha soll Mittwoch befußt Ausfindigmachung einer finanziellen Kombination für die Eventualität eines Krieges nach Paris abreisen. — Zwei türkische Fregatten sind am verlorenen Sonnabend mit 36 gezogenen Geschützen und Munition für die Armee in Thessalien nach Volo abgegangen. — Es ist das Gerücht verbreitet, daß die Mitglieder der Insurrektions-Regierung auf Kreta verhaftet wurden.

**Konstantinopel.** 12. Jan. Der „Levant Herald“ meldet: Alle Mitglieder der provisorischen Regierung auf Kreta wurden gefangen genommen, vier derselben wurden getötet. Man fand Aufzüge mit kompromittierenden Korrespondenzen vor.

**Bukarest.** 7. Jan. Heute fand hier die Übergabe der kreditiven Seiten des norddeutschen Generalkonsuls Grafen v. Keyserling-Rautenburg an den Fürsten statt. Nach der gewöhnlichen Ansprache und Gegenrede, in denen das freundliche Einvernehmen Deutschlands mit Rumänien betont wurde, begab sich der Generalkonsul nach dem Konsulatgebäude, wo ihn zahlreiche Deputationen von deutschen, die den verschiedensten Theilen des Vaterlandes angehören, empfingen und ihm ihre Gratulationen darbrachten.

**Bukarest.** 10. Jan. Auf eine von Mehedenzeano gestellte Interpellation antwortete der Finanz-Minister Goloso, daß das gewesene Ministerium eine Schuld von 21 Millionen Frks. hinterlassen habe. Von 78 Millionen Einkünften für 1868 seien nur 42 Millionen eingegangen. Der Finanz-Minister hofft, durch das Einziehen der rückständigen Einnahmen das Gleichgewicht wieder herzustellen. Um die augenblicklich herrschende Krisis zu heben, haben mehrere Kapitalisten eine Million gezeichnet.

## A s i e n .

**Indien.** Mit der indischen Post treffen traurige Berichte über die Hungersnoth ein, die im Laufe der nächsten Monate eine bedenkliche Höhe erreichen dürfte. Besonders in Madras und in den Nordwest-Provinzen sieht es kaum viel besser aus. Von Seiten der Behörden geschieht alles Mögliche, aber die Länderstrecken, welche betroffen sind, stehen in keinem Verhältnisse zu den vorhandenen Mitteln. Obwohl auch von Seiten von Privatleuten große Summen ausgegeben werden, um wenigstens die ärgsten Schrecken des Hungers abzuwenden, so sind die Transportchwierigkeiten doch allein schon so groß und der Futtermangel für Zug- und Eselthiere ist so hindern, daß die Hungersnoth selbst sich gegen die Abhängsmittel zu sträuben scheint.

## A m e r i k a .

**Paraguay.** Die „New Yorker Handelsztg.“ schreibt unter dem 31. Dezember: Die Nachrichten aus Paraguay lauten für Lopez entschieden günstig. Am 15. November hat der Marquis Carias den Sturmangriff auf Villalba gemacht, zu dem die Vorbereitungen seit langer Zeit getroffen wurden, und das Resultat war eine Niederlage, mit einem Verlust von 1500 Soldaten und Verwundeten. Darauf machte die Flotte eine Attacke, und es erging ihr ebenso. Auch in anderer Beziehung beginnt der Horizont sich für Lopez zu hellen. War der neue Präsident der argentinischen Konföderation, Sarmiento, dem Kriege nie hold, so tritt jetzt seine Abneigung gegen denselben offen hervor. Der amerikanische Gesandte, General McMahon, ist um Übernahme der Vermittelung zum Beweise einer Verständigung mit Lopez ersucht worden, und in Folge dessen hat Brasilien gedroht, seinen Gesandten abzurufen. Bestätigt sich dies, so möchte in der That der Ausfall eines Kampfes zu Gunsten der Partei, welche dabei den größten Ruhm eingelegt, gesichert sein. Der Ausfall der Schlacht bei Villalba wird auch nicht ohne Einfluß bleiben auf das Verhalten McMahon's, dem Lopez sicherlich jede billige Satisfaktion geben wird.

**Newyork.** 1. Januar. Unter den hiesigen Deutschen werden mit großer Aufmerksamkeit die Berichte über die in Aussicht stehende Wahl des Generals Schurz zum Bundes-

achseitige Versfahren wurde durch eine wunderbare naive, man möchte sagen kindliche, Einfachheit gekennzeichnet. Das Verschwinden des Salzes wurde erst entdeckt, als in den Depots, welche nach den Berichten voll sein sollten, kein einziges蒲d Salz mehr war, als über das auf Grund der Berichte als vorhanden angenommene Salz eine bestimmte Verfügung getroffen und das in der Einbildung bestehende Salz gefordert wurde. Und doch wäre die oberflächliche Revision, die geringste Rundgebung derjenigen, denen die Erhaltung des Staatsgegenstands anvertraut worden, hinreichend gewesen, um das Verschwinden dieses Eigentums zu verhindern. Die Wurzel des hier sich kundgebenden Uebels ist jedoch nicht in den einzelnen Personen zu suchen, welche dasselbe veranlaßt haben, sondern in dem System, in Folge dessen es so lange und offen verblieben konnte. Dank diesem System, bestand die ganze Kontrolle in der Revision langer Berichte, die mit fingerlangen Angaben angefüllt waren. Während die Anweisungen auf das Staats- salz an der Börse offen wie Wechsel von Hand zu Hand gingen, hielt es die Centralverwaltung für überflüssig, die Depots revidieren zu lassen. Vor das Staatsgegenstand waren zu dessen unmittelbarer Benutzung jene armesten Unterbeamten gestellt, deren morgender Tag von der unbedingtesten Willkür der Vorgesetzten abhängt. Dazu kommt das Kammeiuwesen mit seinem Haufen ein- und ausgehender Papiere. Der erste Umstand machte aus jenen armen Schluckern blinde Werkzeuge in der Hand ihrer Chefs, der zweite gab ein vor treffliches Mittel her, Phantasmagorie zu schaffen, die nicht einmal ein großes Talent der Künstler erforderten. Das Gesetz hatte um die Depots eine ganze Beaufsichtigungs-Hierarchie gestellt, dabei war jedoch außer Acht gelassen, daß jede Kontrolle unmöglich wird, wo der Untergesetzte sich in der vollkommenen Abhängigkeit vom Vorgesetzten befindet, wo denn der zahlreiche Beamtenstand nur die Möglichkeit schafft, daß einer sich hinter dem andern verstecken kann, indem jeder seine Verantwortlichkeit auf die Schultern des andern wälzt. Nach den Thatsachen zu urtheilen, wie sie die Untersuchung ergeben, hatten die Haupturheber des Diebstahls nicht einmal daran gedacht, die unteren Beamten in das Geheimnis einzubringen und ihnen auch nur den kleinsten Theil des Gewinnes zukommen zu lassen. Auf jede unbedachte Frage dieser Pygmäen hielt es einfach: „Kennt du den?“ und der zu unterwürfigem Schweigen Gezwungene, der sehr wohl wußte, daß von dem Winde der Augenbrauen „dessen“ sein ferneres Schicksal abhing, öffnete die Thüren zum Staatsgegenstand so weit als möglich.

Das ganze Uebel, welches in dieser Angelegenheit so anschaulich zu Tage trat, ist durch das System bedingt, dessen Grundlage die Erneidigung und vollständige Abhängigkeit der unmittelbaren Wächter, die unbeschränkte Gewalt der Dirigenten und das auf die Papiere beschränkte Revisionssystem sind. Wäre das ganze Personal dasselbe geblieben, aber nur ein Grundzug in dem System geändert worden, so hätte der Diebstahl bei aller Unmöglichkeit derjenigen, welche sich desselben wirklich schuldig gemacht, gleich am Anfang auf eine oder die andere Art entdeckt werden müssen. Eine andere Seite, welche in dieser Angelegenheit frappirt, ist die Eigenheit der Aufschauungen, wenn es sich um Staatsgegenstand handelt. Die bedeutende Höhe des Diebstahls, die lange Zeit während welcher die lokalen Verhäl-

Senator verfolgt. Man wünscht natürlich ausnahmslos, daß die Wahl auf ihn falle, und zwar sowohl aus Interesse für seine Person, als um einen Deutschen im Senat zu sehen. Dieser Wunsch ist in der That um so größer, als wir Deutschen im Osten durch seine eigene Schuld für immer und ewig hoffnungslos dazu verdammt scheinen, tote Parteidienste zu bleiben. Der einzige Mann, der es hier zu einer wirklich hervorragenden Stellung bringen konnte, ist Dr. Kapp, dem in diesem Herbst eine Nomination zum Kongressmitglied des Repräsentantenhauses angetragen wurde, die er leider aus Privatrücksichten ausschlagen mußte.

## Vom Landtage.

### 32. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

**Berlin,** 14. Januar. Eröffnung um 10½ Uhr. Am Ministerische v. d. Heydt, Graf Ipenitz, v. Mühlner, v. Selchow, Dr. Leonhardt mit zahlreichen Kommissaren.

Das Gesetz, betr. die Einführung des Berggesetzes in der Provinz Schleswig-Holstein wird einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Der Finanzminister bringt im Namen des Ministers des Innern ein, betr. die Vereinigung der Vorstädte von Bielefeld mit der Stadtgemeinde Bielefeld. Es wird der um 7 Mitglieder verstärkten Gemeinde-Kommission überwiesen. Vor der Tages-Ordnung erhält das Wort der Abg. Hesse, um zu erklären, er habe sich geirrt, als er den Abg. Hagen des Auspruchs beschuldigte „diesem Ministerium keine neuen Steuern, keine neue Anleihe.“ Gefallen ist aber die Neuerzung von jener Seite, nämlich vom Abg. v. Kirchmann (Heiterkeit links). Ich bitte den Herrn Präsidenten, mich zu schüren, ich glaube nicht, daß der Graf Schwerin das Recht hat, mich zu unterbrechen. (Graf Schwerin ruft: Ich habe Sie nicht unterbrochen.) Redner bestigt fortlaufend: „Das haben Sie wohl getan!“ (Heiterkeit links.) Der Präsident bittet um Ruhe. Redner zitiert die Worte des Abg. v. Kirchmann aus der Generaldebatte und bedauert nochmals, den Abg. Hagen zur Ungebühr genannt zu haben.

Es beginnt nunmehr die Schlussberathung über den Staatshaushalt-Estat für 1869 und zwar in der Weise, daß zunächst über das Ordinarium (Einnahmen, Resolutionen aus der Vorberathung zu den Einnahmen, Ausgaben, Resolutionen zu denselben), dann über das Extraordinarium beschlossen wird. Die Einnahme des Finanzministeriums nebst den dazu gestellten Resolutionen werden ohne Debatte nach den Beschlüssen der Vorberathung genehmigt; nur die Position des Kap. II (Allgemeine Kassenverwaltung), Tit. 2 Nr. 11 und 13 und Tit. 3, wozu der bekannte Antrag Lasker (Dekret des Defizits) und das Gesetz, betreffend die Mobilisierung der Köln-Windener Eisenbahn-Aktien zur Debatte steht, wird bis an den Schluss der Budget-Vorberathung verschoben, da von der Feststellung derselben die aus den Köln-Windener Eisenbahnaktien zu entnehmende Stimme abhängt. Ohne Debatte werden ferner genehmigt die Einnahme-Positionen nebst Resolutionen zu den Einnahmen des Handels- und des Staatsministeriums, des Ministeriums des Innern und des landwirtschaftlichen Ministeriums, eben so die des auswärtigen Ministeriums nebst den dazu gestellten Resolutionen.

Es folgen die Ausgaben, und zwar zunächst die des Finanzministeriums.

Zum Stat der Forsten war in der Vorberathung die Resolution gefasst: die Regierung aufzufordern, die Kulturfonds für die Forsten der älteren Provinzen bei Aufstellung der künftigen Einnahmen derart zu erhöhen, daß alle Forstflächen vollständig kultiviert werden können. — Abg. Grumbrecht bittet diesen Besluß fallen zu lassen, da das Haus sich bei der Vorberathung der Tragweite derselben nicht bewußt gewesen. Es sei bedenklich, die Regierung zur Herausgabe von Summen aufzufordern, deren Höhe sich nicht überschreiten lasse, die sich aber nach ungefähren Berechnungen auf Millionen belaufen.

Die Resolution wird trotzdem genehmigt. (Dafür auch v. d. Heydt und v. Selchow.)

Zum Stat des Hauses der Abgeordneten wird heute vom Abg. von Bonin (Genthin) folgender neuer Antrag eingebracht: hinter „Nr. 2 an Diäten à 3 Thaler pro Tag“ zu zusehen: „und zur Deckung der Stellvertretungskosten, welche von Abgeordneten, die Staatsbeamte sind, für die Zeit ihrer Theilnahme an den Landtags-Sessioen durch Einbehaltung von ihrem Gehalt oder sonst eingezogen werden, bis zur endgültigen Regelung dieser Angelegenheit im Wege der ordentlichen Gesetzgebung.“

Der Finanzminister: Die Bieglering sei augenblicklich nicht in der Lage, sich über ihre Stellung zu dem Antrage zu äußern. Es sei nicht üblich, einen derartigen Antrag im Augenblick der Abstimmung vorzubringen, ohne daß er vorher zur Kenntnis des Ressortchefs, in diesem Falle des Ministers des Innern, gelangt sei. Die Regierung hat nicht Zeit gehabt, sich über die vorliegende Frage schlüssig zu machen, er bitte deshalb den Antrag zurückzuziehen. — Abg. v. Bonin bedauert, nicht in der Lage gewesen zu sein, seinen Antrag eher zu stellen. Burckhardt könne er nicht, doch sei er damit einverstanden, daß die Beschlusshaltung vorläufig verlängert werde, bis die Regierung sich schlüssig gemacht, d. h. bis an den Schluss der Schlussberathung. Das Haus ist mit einer solchen Vertagung einverstanden und wird daher die Abstimmung über den Stat des Hauses der Abgeordneten bis dahin ausgesetzt.

nisse, unter denen er verübt worden, lassen mit Recht annehmen, daß in dem ganzen umgebenden Mittel in Betriff des Staatsgegenstands der Grundzog des römischen Rechts über herrenlosen Gutes gilt: res nullius cedit occupanti. Den Leuten kommt es nicht in den Sinn, daß der Staat seine Bedürfnisse hat, zu deren Befriedigung materielle Mittel gebüren, daß die Verringerung dieser Mittel einen Erfolg aus anderen Quellen notwendig macht, und daß zuletzt dienigen mit neuen Lasten belegt werden müssen, die von der Aneignung des Staatsgegenstands nicht den geringsten Nutzen geboten. Nur ein solcher Blick kann die so häufig auftauchenden Kriminalprozesse wegen Unterschlagung des Staatsgegenstands erklären. Ohne die Moralität derjenigen, die sich derselben schuldig machen, besonders hoch zu stellen, kann man doch überzeugt sein, daß sie, wenn man ihre Handlungen in die Sphäre des Privatrechts versetzen und mit dem ihnen gebührenden Namen belegen wollte, mit Unwillen eine solche Beschuldigung zurückweisen würden. Der Bericht über die in Rede stehende Angelegenheit hat erwiesen, daß auch einige Kapitalisten bei der Sache beteiligt sind. Wer das Leben in der Provinz kennt, wird zugeben, daß das, was in den Salzdepots vorgegangen, nur für wenige ein Geheimnis gewesen sein wird, und trotzdem fand sich während der 5jährigen Dauer des Diebstahls nicht eine protestirende Stimme. In den Prozeß waren gegen 50 Personen verwickelt, deren größter Theil zu den kleinen Beamten gehörte. Keiner dieser legeren hatte einen Vertheidiger. Wir glauben nicht, daß sie darum mehr Schuld hatten, als die andern, für welche sich Vertheidiger gefunden hatten. Im Gegenteil, der Bericht weist nach, durch welche groben Mittel ihre Beteiligung erzwungen worden, und dies läßt gerade manches zu ihrem Vortheile sagen. Schließlich kann sich dieses kleine Beamtenthum mit dem Gedanken trösten, daß sie mindestens ihr Schicksal mit denjenigen teilen, die in den Tagen ihrer Macht und ihres Glücks so hoch und so unnahbar standen.“

\* **München.** 11. Jan. Professor Piloty hat — wie gemeldet — einen Ruf an das Berliner Museum erhalten. Von hier will man ihn aber nicht fortlassen. Der junge König Ludwig, welcher bereits seinen Wagner und die Sängerin Mallinger durch ein Engagement in Berlin verloren hat, befürchtet, sein Hellxon möglicherweise durch die preußischen Annexionen verloren und soll an Piloty ein schmeichelhaftes Handschreiben gerichtet haben. Außerdem und manchem Andern wurde gestern von dem Vorstand der hiesigen Kunstschaft dem Kultusminister v. Gresser eine Petition überreicht, welche nach der Augsb. „A.-S.“ lautet:

Ein großer Verlust bedrohte die Münchener Kunst durch Berufung des Hrn. Professors Karl Piloty nach Berlin. So sehr nun auch die hiesige Kunstschaft die Überzeugung hegt, eine hohe Staatsregierung werde alles aufstellen, um diesen Verlust abzuwenden, so glauben wir doch einem natürlichen Pflichtgefühl zu folgen, wenn wir auf den Werth, die Bedeutung dieses Meisters, und somit auf dessen Erhaltung unsererseits noch ganz besonders hinweisen. Seit mehr denn einem Jahrzehnt wirkte Karl Piloty als Historienmaler wie als Lehrer in München, und es gelang ihm, in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit durch seine Werke nicht nur einen großen Kreis von Schülern aus allen Ländern um sich zu versammeln,

in diversen Staaten werden besondere Abstimmungen verlangt über den Dispositionsfond des Staatsministeriums für allgemeine politische Zwecke von 31,000 Thlr., die Besoldung des Militärbevollmächtigten in Petersburg in Höhe von 6000 Thlr. und die an den Fürsten zu Sayn-Wittgenstein zu zahlende Rente von 1000 Thlr. Wie in der Vorberathung werden die beiden ersten Positionen genehmigt (dagegen die Fortsetzungspartei), die Zahlung der Rente wird abgelehnt (dafür die Rechte und die Minister).

Beim Stat der Ausgaben des Finanzministeriums (Kap. 49, Tit. 4 Verzinsung und Tilgung der Schulden der vormaligen Stadt Frankfurt) hat Abg. Augler heute den Antrag eingebracht: „Die Staatsregierung aufzufordern, die auf ihren Antrag zu dem angegebenen Zwecke für 1868 und 1869 bewilligten Summen (zusammen 251,000 Thlr.) im vollen Betrage nur für diesen Zweck zu verwenden und die Herausgabe derselben nicht von dem vorherigen Zustandekommen der Vermögensauseinanderziehung zwischen dem Staat Preußen und der Stadtgemeinde Frankfurt abhängig zu machen.“ — Nachdem der Antragsteller den Antrag motiviert und der Finanzminister sich mit ihm einverstanden erklärt hat, wird er angenommen.

Über das Hauptextraordinarium (400,000 Thlr.) wird Abstimmung verlangt; dasselbe wird mit großer Majorität bewilligt. (Von den Nationalliberalen stimmt Abg. Laster dagegen.) Der Stat des Handelsministeriums wird ohne Widerspruch nach den Beschlüssen der Vorberathung genehmigt. — Beim Stat des Justizministeriums wird eine längere Debatte hervorgerufen bei Tit. 5 (Obertribunal). — Es sind nämlich zwei neue Anträge eingebracht: 1) vom Abg. Simon v. Bastrow: das in der Vorberathung gestrichene Gehalt für einen neuen Oberstaatsanwalt mit 2600 Thlr. zu bewilligen; 2) von den Abg. Graf Witzingerode, Lampugnani u. Gen.: für drei neue Rathäuser beim Obertribunal zu bewilligen. 7800 Thlr.“ — Abg. Simon Bastrow: Die Arbeitslast beim Obertribunal sei zu groß für die bisherigen Staatsanwälte. Besonders sei der Vorwurf grundlos, daß die Staatsanwälte muthwillig Preßprozesse provozierten, wie von denen in Schleswig-Holstein behauptet werden. — Abg. Lampugnani befürwortet den Antrag Witzingerode mit der dringenden Nothwendigkeit derselben. Die Geschäfte des Obertribunals könnten jetzt nicht prompt genug erledigt werden, da die Möglichkeit, Hülfssrichter einzustellen, durch den Beschluss der Vorberathung genommen sei.

Justizminister Dr. Leonhardt: R. ! Die k. Staatsregierung erklärt sich mit dem Antrag auf Mehrbewilligung von drei etatsmäßigen Rathäusern beim Ober-Tribunal einverstanden. Zur Zeit arbeiten beim Obertribunal noch vier Hülfssarbeiter; die übrigen könnten entlassen werden mit dem 1. Januar, weil der Grund ihrer Vertretung wegfiel. Seit dem 1. Januar sind für jene vier Hülfssarbeiter Gelder aus irgendwelchen öffentlichen Mitteln nicht mehr gezaubert worden; zwei der Hülfssarbeiter sind Mitglieder des Kammergerichts und bekommen jetzt eben so wenig Diäten, wie sie früher solche erhalten; ein Dritter vertritt ein Mitglied des Obertribunals, welches bereits lange den Dienst nicht mehr versieht und vom 1. April ab in Pension tritt; dieses Mitglied des Obertribunals hat sich ganz freiwillig erboten, die Stellvertretungskosten zu bezahlen. Der vierte Hülfssrichter wird remunerirt aus Gehaltsabzügen für zwei Mitglieder des Obertribunals. (Waldeck und Reichenberger. Red.) Ich gehe davon aus, daß dem Besluß des hohen Hauses, kraft dessen die betreffenden 1000 Thlr. abgezogen werden, der Gedanke zu Grunde liegt, daß überhaupt keine öffentlichen Mittel mehr bewilligt werden sollen, um daraus Hülfssarbeiter zu remunerieren. Indem ich das offen anerkenne, glaube ich auch, daß die Sache, wie sie jetzt geregelt ist, auch unbedenklich bis zu Ende des Jahres bestehen bleibt, wenn das Bedürfnis dazu hervortritt. Ferner bitten gegen den Antrag Bedenken, die ich als organische bezeichnen möchte. Jedenfalls steht dem Ober-Tribunal eine neue Organisation bevor. Mag dasselbe nun aufgehen in einen obersten Gerichtshof für Norddeutschland oder in seiner Stellung als oberster Gerichtshof für die Monarchie bestehen bleiben; unter allen Umständen wird eine neue Gerichtsverfassung geboten erscheinen, sobald die bürgerliche Prozeßordnung ins Leben treten wird. Es könnte daher wünschenswert erscheinen, jetzt keine neuen Begegnungen einzutreten zu lassen, wenn nicht ein dringendes praktisches Bedürfnis es erhebt. Allein diesen Bedenken lege ich keine große Tragweite bei; denn einmal ist der Zeitpunkt, an welchem die neue Gerichtsverfassung ins Leben treten wird, kein bestimmter, und zweitens ist die Verteilung des Obertribunals der Art, daß die Balkanen für die nächste Zeit mehrfach in Aussicht stehen, und dann wird man jährlich vielleicht sogar mehrmals Gelegenheit haben, die Zahl der Räte einzuschränken. Wenn aber dieses Bedenken auch ein größeres Gewicht haben sollte, als ich demselben beilege, so würde ich dennoch glauben, daß der Antrag sich empfehle. Ich gehe nämlich davon aus, daß bei verschiedenen Fraktionen des Hauses der Wunsch gehegt wird, daß die Hülfssarbeiterfrage erledigt werde; die Staatsregierung kann diesem Wunsche um so mehr beitreten, als ich ja

sondern er hat dieselben auch rasch zu erfolgreich schaffenden Künstlern herangebildet und dadurch der Münchener Kunsthäufigkeit einen frischen Impuls gegeben. Der unerlegbar große Aufschwung, welchen die Münchener Schule in allen Zweigen der Malerei, namentlich in koloristischer Beziehung erhalten — zum großen Theil ist er unserem Meister Piloty zugutegekommen, und erhöht wird das Verdienst einer solchen einflussreichen, aufopferungsfähigen und hingebenden Lehrerhäufigkeit, je seltener in der Kunst die wirklichen Lehrer werden. Kaum brauchen wir hinzumeisern, wie bedeutend Piloty und seine Schule zu den Erfolgen der Münchener Kunsthäufigkeit auf den Ausstellungen zu Paris und Wien beitragen. Kaum braucht wohl auch berüht zu werden, wie jede Anstrengung zur Hervorbringung von größeren periodisch sich widerholenden Anstellungen, wie überhaupt die Förderung der Münchener Kunst zu erhöhter Thätigkeit nur als ein ettel Phantom erschien, wenn dem Künstler der den wärmsten und größten Anteil an diesen regen Bestrebungen hat, eine dauernde Heimat in seinem Vaterlande nicht geboten werden könnte. Die Münchener Kunstschaft hat darum die zuversichtliche Hoffnung, einem k. Staatsministerium werde es gelingen, im Interesse der Kunst, deren Hebung ihm so sehr am Herzen liegt und zu deren Förderung höchstselbst thätig mitzuwirken, wie nicht minder zur Ehre des bayerischen Staates, den hochverehrten Meister, Professor Karl Piloty, München zu erhalten.“

Nachfrager: Wie man jetzt vernimmt, hat Prof. Piloty sich durch die lebhafte Theilnahme, welche die Stadt München sowohl der König Ludwig selbst für die Ablehnung des Kusses nach Berlin kundgaben, bewogen gefühlt, in seiner bisherigen Stellung zu bleiben. Nach materieller Seite soll der Entschluß schon um deswillen nicht schwer gewesen sein, als das in Berlin gebotene Gehalt, 1800 Thlr., keine allzu mächtige Anziehungskraft entfalten konnte.

\* Das Perry'sche Rettungsschiff „Nonpareil“, auf dem der kühne Kapitän Jul. John Meiles, ein Däniciger von Geburt, mit zwei Gejäherten von Newyork nach England fuhr (er segelte am 12. Juni von Newyork ab und langte am 26. Juli in Southampton an), ist jetzt in Newyork ausgestellt. Die beiden Trä

Namens derselben sowohl bei der vorigen, als der gegenwärtigen Budget-debatte erklärt habe, daß bei dem obersten Gerichtshof die Beziehung von Hilfsrichtern prinzipiell jedenfalls nicht wünschenswert sei, wenn sie auch in einzelnen Fällen von praktischen Bedenken freit sein könnte. Die k. Staatsregierung gibt also den Wünschen, wie sie in diesem h. Hause gehegt werden, gern ihre Zustimmung. Vorzugswise kommt noch in Betracht, die Rücksicht auf das Ansehen und die Würde des obersten Gerichtshofes der Monarchie. Es ist nicht zu verkennen, daß die Hilfsrichter-Frage nicht günstig eingewirkt hat auf das Ansehen des Ober-Tribunals (hört! hört! links!) und es ist zu befürchten, daß, wenn diese Hilfsrichter-Frage nicht erledigt, wenn sie jährlich von Neuem angeregt wird, daß dann nicht ausbleiben werden erneuerte Angriffe gegen das Ober-Tribunal, mögen sie nun entweder offen oder mehr verdeckt hervortreten. Dieser Gesichtspunkt ist von einer solchen Wichtigkeit für das Ober-Tribunal selbst, daß ich davon ausgehe, es werden die Mitglieder desselben unter Berücksichtigung dieses Umstandes einer besonders angestrengten Thätigkeit sich widmen, wena vielleicht die Geschäfte zu einer Seite so stark sein werden, daß es an und für sich wünschenswert erscheinen möchte, durch Hilfsarbeiter zu helfen. Wenn nun der gestellte Antrag den Besfall des hohen Hauses erhält, so wird die Hilfsrichterfrage sich faktisch erledigen. Die Staatsregierung wird, wenn und sobald die neuen Mitglieder ernannt und eingeführt sein werden, die Hilfsrichter zurückziehen und wird beim Obertribunal Hilfsrichter nicht wieder zulassen, bevor nicht eine anderweitige Regelung der Verhältnisse eintritt. Demgemäß, in h., glaube ich das Einverständniß der k. Staatsregierung zu dem gestellten Antrag erklären zu müssen.

Abg. Dr. Hänel hält seine gegen das Wirken der Staatsanwaltschaft in Schleswig-Holstein gemachten Vorwürfe aufrecht. Abg. Graf Winzingeroode wird für den Antrag Bästrows stimmen und bittet auch den feindigen anzunehmen, da nur dadurch die Hülfearbeiterfrage beseitigt werden könne. — Abg. Windthorst (Vieppen) empfiehlt gleichfalls beide Anträge.

Abg. v. Kirchmann: Der Herr Minister theilte die beschäftigten Hilfsrichter in drei Kategorien ein; in solche, die etatmäßig remunerirt, solche, die aus Gehaltsabzügen von Obertribunalräthen befördert werden, und solche, die gar keine Entschädigung erhalten; ich frage ihn, ob das Prinzip, Hilfsrichter nicht mehr zu beschäftigen, sich auf alle drei Kategorien erstreckt. — Der Justizminister trägt kein Bedenken, diese Frage zu bejahen.

Abg. Dr. Birchow: Wenn die aus der Konfliktsperiode herübergemomene Praxis der Regierung, die Staatsanwaltschaft im Interesse ihres politischen Kampfes gegen die liberale Partei zu verenden, aufhören wird, dann werden wohl auch die Staatsanwälte dahin kommen, ihre Thätigkeit zu beschränken, ohue daß ihre Gewissensfreiheit darunter leidet. Jene Praxis ist zwar in der Abnahme begriffen, aber Reste von ihr bestehen fort. Gegen den Antrag Wirsangerode habe ich sehr wesentliche konstitutionelle Bedenken. Wenn die Regierung diesen Ausweg für wünschenswerth hält, so braucht sie nicht ihre Freunde vorzuschicken; sie mag selbst kommen, wenn es ihr auch bequemer sein mag, den Anschein der Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des Hauses zur Schau zu tragen. Wenn ich gleichwohl im vorliegenden Falle für den Antrag stimmen werde, so will ich doch für die Zukunft eine Warnung vor dem darin liegenden Prinzip aussprochen haben, das ich unterstützen würde, wenn der Vorwurf, als strekte ich, diesem Hause eine souveräne Rechtsstellung zu erringen, begründet wäre. Abg. Lasker schließt sich dem Vorredner an; er werde für den Antrag des Abg. Wirsangerode nur stimmen, um das wichtige Prinzip der Nichtanstellung von Hilfsrichtern im Obertribunal zu retten. Für die Bewilligung einer neuen Staatsanwaltsstelle liege eine dringende Veranlassung nicht vor; er werde dagegen stimmen, zumal die Wiederaufnahme in der Vorberathung abgelehrter Ausgabe-Positionen die Sicherheit der Schlussberatung gefährde.

Abg. v. Wingenrode: Gewiß würde es zu großen Unzuträglichkeiten führen, wollte man das Prinzip der Initiative des Hauses allgemein zur Anwendung bringen; aber der vorliegende Fall ist eine Ausnahme. Abg. Campagni erklärt, daß der Antrag für die Zukunft nicht als Präzedenzfall gelten könne.

Abg. Waldeck heißtt durchaus den konstitutionellen Grundsatz, den Birkow und Lasker ausgeführt; aber da die Regierung sich mit dem Antrage auf Kreirung der neuen Stellen durchaus einverstanden erklärt habe, sei *di Saché* anzusehen, als hätte sie ihn selbst eingebracht. Er werde deshalb für den Antrag stimmen. Dagegen sei das Verfahren Simon v. Bastrov's, eine in der Vorberatung abgelehnte Position bei der Schlussberatung wieder aufzunehmen, durch die Natur der letzteren durchaus gerechtfertigt.

Bei der Abstimmung (während der die Minister Graf Bismarck und v. Roon eintreten) erhebt sich für den Antrag Bästrows die gesamte Rechte und ein Theil des Zentrums, gegen denselben die gesamte Linke und der andere Theil des Zentrums (für denselben stimmen mit der Rechten die Abg. Kratz und Francke [Oldenburg]); wie die Bählung ergiebt, wird der Antrag Bästrows (neue Oberstaatsanwaltsstelle) mit 178 gegen 177 St. abgelehnt, darauf mit 184 gegen 182 Stimmen angenommen (ein Mitglied hat sich der Abstimmung enthalten). — Darauf wird der Antrag Wittingerode auf Kreisring dreier neuer Rathstellen beim Obertribunal mit sehr großer Majorität angenommen.

mit sehr großer Majorität abgelehnt wurden.

Beim Stat des Ministeriums des Innern waren in der Vorberathung für 6 Landposten in der Provinz Hannover 118,750 Thaler definitiv bewilligt, (während die Staats-Regierung ursprünglich nur 93,225 Thlr. für drei Regierungen beanprucht hatte, also 25,525 Thlr. weniger). Heute nun liegen drei neue Anträge vor, von denen der des Grafen Schwerin das Definitivum ebenfalls festhält, aber nur 100,950 Thaler bewilligt, indem er im Einzelnen Ersparungen empfiehlt. Dagegen wird von den Abg. Lasker und Birchow die Bewilligung eines Pauschquantums beantragt, und zwar von Lasker in der vom Grafen Schwerin veranschlagten Höhe von 100,950 Thalern, von Birchow in dem geringeren Betrage von 93,000 Thalern.

Thalern.  
Abg Graf Schwerin: Es kann nicht mehr die Röde davon sein, statt der 6 Landdrosteien eine Regierung in Hannover einzuführen, da wir gegen den Willen der Staatsregierung nicht einseitig eine Organisation durchzuführen im Stande sind. Die Wünsche des Landes selbst wie das Interesse der Zentralregierung weisen auf die Nothwendigkeit einer definitiven Regelung der hannöverischen Verhältnisse hin. Dennoch glaube ich, daß eine so hohe Summe, wie sie in der Vorberathung bewilligt worden, zu einer ordnungsmäßigen Verwaltung nicht unumgänglich erforderlich ist, und berufe mich in dieser Beziehung auf die Autorität meines sachkundige Freun-  
des Windhorst.

Reg.-Romm. v. Wolff: Auch die Regierung legt einen hohen Werth darauf, daß die Stellung der hannöverschen Verwaltungsbehörden endlich eine definitive werde, sie hat deshalb ihre ursprüngliche Vorlage aufgegeben und im Einklang mit den Beschlüssen der Vorberathung sich entschlossen, zu dem Fortbestehen der 6 Landdrosteien ihre Zustimmung zu geben; einer Be- willigung eines Provisoriums aber muß sie aus demselben Grunde ent- schieden entgegenreten. Was den Antrag des Grafen Schwerin betrifft, so erscheint es fraglich, ob nach den von ihm beantragten Abstrichen sich ein geordneter Geschäftsbetrieb wird aufrecht erhalten lassen; jedenfalls kann die Regierung die Verhältnisse noch nicht klar genug übersehen, um sich mit der Annahme des Antrages einverstanden zu erklären. So sehr sie auch geneigt ist, das sachkundige Urtheil des Arg. Windthorst anzuerkennen, so weiß ich doch nicht, ob sich diese Sachkenntniß gerade auch auf die hier in Rede ste-

henden Verhältnisse erstreckt. Ich ersuche Sie daher, bei den Beschlüssen der Vorberathung stehen zu bleiben; eine nochmalige Abstimmung über ihre ursprüngliche Vorlage wird die Regierung nur dann provozieren, wenn sowohl das Ergebnis der Vorberathung, als auch der Antrag des Abg. Schwerin abgelehnt werden sollte.

Abg. Waldeck ist der Ansicht, daß die Frage keineswegs definitiv entschieden wird, wenn auch diesmal für 6 Landdrosteien definitive Summen bewilligt werden. Man müsse deshalb auch diesmal wieder das Pausch-Quantum bewilligen. Die Regierung erhalte damit plein pouvoir, die 6 Landdrosteien event. in 3 oder 4 zusammenzuziehen und später eine definitive gesetzliche Regelung der Organisation zu beantragen. Was die Summe

Abg. Windhorst (Meppen): Es liegen zwei Anträge auf Einrichtungen von Provisorien vor: der eine vom Abg. Vasker. Diesem Herrn möchte ich doch die Regel in Erinnerung bringen, welche er vorhin ausgeführt hat über das, was man bei der Schlussberatung nicht thun soll; er thut mit Stellung seines Antrages gerade das Gegenteil von dem, was er uns vorhin angerathen hat. (Geltferkeit rechts.) Der Abg. Birchow ist hier wie immer sehr vorsichtig. Die Männer seiner Fraktionen müssen sich aber erklären. Mir

wünschen unter allen Umständen eine definitive Bewilligung; wir sind die Provisorien satt; die Beamten, welche bei diesen Behörden arbeiten, müssen auch eine Beurteilung über ihre Existenz haben; sonst können sie nicht mit Nutzen und mit Konsequenz arbeiten.

Der Antrag Solger bleibt durchaus intakt; wenn im nächsten Jahre die große Organisationsvorlage erfolgen sollte — und sie wird nicht erfolgen, meine Herren — (Heiterkeit), so ist es selbstverständlich, daß sie Hannover ebenso trifft, wie alle anderen Provinzen, und es wird hierdurch kein Hindernis geschaffen. — In der Vorberathung habe ich allerdings die Summe beantragt, die heute dem Grafen Schwerin vorgeschlagen wird, aber damals ausdrücklich angeführt, daß sie sich auf das Allernothwendigste beschränke, und daß ich nicht wünsche, ob sie wirklich ausreichen würde, zumal bei dem Übergangsstadium; ich meinte aber, daß bis dahin Abhülfe geestellt werden könne durch die Räthe, welche auf den Ausgleichungs-Etat gestellt sind. Ich behielt mir aber vor, nach den Erklärungen der Regierung meine Entscheidung zu fällen. Ich bleibe dabei, daß, wenn das Übergangsstadium überwunden ist, wir mit der Summe wohl auskommen werden; in der Übergangszeit aber nicht. Sollte diese überwunden sein, so wird die Regierung doch wohl selbst eine Absezung beantragen. (Widerspruch links.) Denn ich kann mir doch nicht denken, daß eine Regierung unnützes Geld ausgeben wird. (Heiterkeit links.) Ich empfehle Ihnen deshalb bei dem Beschuß der Vorberathung zu bleiben, damit wir, um mit dem Adg. Lasker zu sprechen, nicht die Vorberathung durch die Schlufberathung altertiren.

Abg. Bässler: Der Herr Vorredner hat dermaßen gegen seinen eigenen Antrag gesprochen, daß ich in der That seine große Weitdeutigkeit bewundere, mit der er seiner "eigenen Autorität" entgegentritt (Heiterkeit), und sogar dem Lobe des Herrn Regierungs-Kommissarius entgegentritt, wonach er mit Bezug auf alle hannoverschen Einrichtungen sehr gut bewandert sein soll. — Ich gebe nun allerdings zu, daß man sich bei solchen Verwaltungsorganisation um einige "Schreiber" mehr oder weniger irren kann; aber darüber kann man wohl urtheilen, ob ein Landdrost bei 2800 Thlr. dieselbe Arbeitskraft hat, als bei 3000 Thlr., oder ob er erst durch die Erhöhung des Gehalts zu einem voll wichtigen Landdrosten wird. (Heiterkeit.) Den Vorwurf der Infonsequenz, den mir der Vorredner gemacht, kann ich nicht akzeptieren; ich habe Sie allerdings gewarnt, die Beschlüsse der Vorberathung nicht wieder zu alteriren, da wir sonst auf der linken Seite ebenfalls mit neuen Anträgen kommen würden. Sie haben nun vorhin trotzdem einen solchen Antrag angenommen; durch gleiche Analogie sind wir zu diesem Antrage veranlaßt. Und es ist doch wohl noch ein großer Unterschied, ob entschieden wird über eine neue Oberstaatsanwaltsstelle oder über die Verwaltungsorganisation einer ganzen Provinz. Wir hatten in der Vorberathung gleichfalls ein Definitivum, aber nur eine Regierung beantragt, wollten aber gegen die Ansicht der Regierung dies nicht aufrecht erhalten, weil eine neue Organisation nicht ohne die Mitwirkung der Staatsregierung möglich ist; wir kamen deshalb wieder auf das Provisorium zurück. Der Beschluß in der Vorberathung, mehr zu bewilligen, als die Regierung verlangt hat, hat allgemein überrascht, und ich muß mich in der That wundern, daß Abg. Windhorst (Meppen) heute noch für die größere Summe plädiert. Für das Entgegenkommen der Regierung in diesem Falle bin ich leider nicht in der Lage, Dank abzustatten. Denn ich finde nicht, daß die Zustimmung der Regierung zur Bewilligung einer größeren Summe, als sie verlangt hat, nicht auf die Liste der Konzessionen gehört mit denen wir hin und wieder bedacht werden. Daß der Minister des Innern damit zufrieden stellt, ist natürlich und menschlich. Ich bleibe aber dabei, daß das Haus durch den Beschluß der Vorberathung weit mehr gethan hat, als billigerweise von ihm gefordert worden ist. — Bei der Abstimmung wird die in der Vorberathung bewilligte Ausgabe von 118,750 Thlr. für Landdrostien definitiv abgelehnt und statt derselben die vom Grafen Schwerin zu demselben Zweck beantragte geringere Summe von 100,950 Thlr. bewilligt. Damit ist das System der Pauschalquoten und der prozentualen Einschränkungen in den Provinzen Hannover aufgezogen.

isitorischen Einrichtungen in der Provinz Hannover ausgegeben.  
Insbesondere, vom Abg. Ihlendorff beantragter Abstimmung wird der  
onds für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei (50,000 Thlr.)  
ach dem Beschluss der Vorberathung wiederholt bewilligt.  
Abg. v. Thokarski wiederholt seinen Antrag aus der Vorberathung:  
Die Regierung aufzufordern, auf den Stat für das Jahr 1870 eine solche  
Zunne in Ansatz zu bringen, daß in den Regierungsbezirken Danzig und  
Kattinenwerder für die Ortschaften in welchen ein erheblicher  
Theil der Bevölkerung die polnische Sprache redet, die  
Amtsblätter und die damit verbundenen öffentlichen Anzeiger in deutscher  
und polnischer Sprache gedruckt werden. (Die gesperrten Worte wurden in  
Vorberathung vom Abg. Zwecken hineinamendirt.)

Neg.-Kommissar v. Wulfschein bestreitet das Bedürfnis, das der Antrag voraussetzt, absolut. Abg. Kantak behauptet, daß es vorhanden ist und daß Amtsblätter in polnischer Sprache eben nur da, wo das Bedürfnis nachgewiesen wird, beansprucht werden.

Der Antrag v. Thokarski wird, wie die Zählung ergiebt, mit 171 gegen 162 St. abgelehnt, darauf in namentlicher Abstimmung mit 168 gegen 165 St. angenommen.

Schluß 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Z. D.: Rest der eutigen, Bericht der Budgetkommission.)

# Parlamentarische Nachrichten.

— Im Abgeordnetenhouse hatten am Mittwoch Vormittag wiederum eben Kommissionen Sitzungen. In der Unterrichts-Kommission wurde zuerst der schriftliche Bericht des Referenten Abg. Dr. Küntz über einige Petitionen aus Westpreußen wegen Errichtung eines katholischen Gymnasiums in den Kreisen Löbau und Stralsburg, sowie über größere Berechtigung der polnischen Sprache in den Schulen derjenigen Theile von Westpreußen, wo die polnisch redende Bevölkerung vorherrschend sei, verlesen. — Dann folgte die Fortsetzung der früher abgebrochenen Berathung über eine Petition der Schuldeputation zu Heiligenbeil wegen Beseitigung es in der dortigen Schule eingeführten Gefangbuches. Nachdem der Referenten-Kommissar, Geh. Rath Stiehl, die Erklärung abgegeben, daß der Minister inzwischen die Verfügung erlassen, in der Schule zu Heiligenbeil as dortige Gemeinde-Gefangbuch einzuführen, beschloß die Kommission, die bezügliche Petition als erledigt zu erachten und im Plenum schriftlich darüber Bericht zu erstatten. — Der Referent Abg. Florschütz berichtete dann über eine größere Anzahl von Petitionen aus der Provinz Hannover, welche as vielermahlte Blüggelsche Lesebuch betreffen und gegen dessen zwangsweise Einführung in die Schulen der Provinz protestiren, und beantragt, diese Bittschriften der Staatsregierung zur Abhilfe zu überweisen, da es wifelhaft sei, ob dem Minister die gesetzliche Berechtigung zustehe, jenes Lesebuch zwangsweise den Gemeinden aufzunötigen, resp. ob es zweckmäßig ist eine rechtlich bestehende Ermächtigung für eine ganze große Provinz in Anwendung zu bringen. Nach eingehender Beleuchtung der Petitionen durch den Regierungs-Kommissar und sich daran anschließender kurzer Verhandlung beschließt die Kommission, die Berathung so lange auszusetzen, bis as bezügliche Reskript des Ministers in seinem Wortlaut der Kommission vorgelegt worden sei, was zu bewirken der Kommissar des Ministeriums geaft.

— Die Petitions-Kommission berief zunächst über Petitionen  
hemals Schleswig-Holsteinischer Offiziere um Nachzahlung des ihnen nach  
dem neuen Petitionsgezg zuständigen Pensionsbetrages für die Jahre  
1864—1867. — Eine Petition aus der Provinz Posen beantragte die  
Umänderung des Ortsnamens *Wisjoda* in „*Wiesenthal*“. Es wurde  
angewiesen daß der Ort Wiesenthal von dem Deutschen Orden begründet  
und erst später unter polnischer Herrschaft der Namen in „*Wisjocka*“ umge-  
ändert worden sei. Da jedoch die Verleihung von Ortsnamen nur ein  
Recht der Krone ist, so beschloß die Kommission den Übergang zur Tages-

— In der Justizkommission kam auch eine Beschwerde vieler Einwohner aus Reichenbach vor Beratung. Bei der zweiten Wahl waren viele Stimmzettel (für Zwesten) zerissen worden. Die Oberstaatsanwaltshaft hatte nach vorgängiger Beugerverhörung die Verfolgung der Sache abgelehnt und der Justizminister war auf erhobene Beschwerde diesem abhängenden Beschluss beigetreten. Petenten haben nun ihre Beschwerde beim Abgeordnetenhaus eingebracht. Die Kommission erachtete die Beschwerde als begründet und einigte sich zu dem Antrage, die Petition der Regierung mit der Aufforderung zu überweisen, die gerichtliche Untersuchung über diesen Vorfall einzuleiten. Mit dem schriftlich zu erstattenden Berichte ist der Iba Noehr betraut.

## Zur Festungsrayon-Frage.

**Berlin**, 13. Jan. (Kongress der Vertreter norddeutscher Festungsgemeinden zu Berlin. 2. Sitzung.) Aus der am ersten Tage gewählten Kommission sind drei Anträge hervorgegangen und werden am Dienstag Nachmittag der Plenarversammlung vorgelegt, in welcher außer den schon genannten auch die Festungsgemeinde Thorn als 23. Kommune vertreten ist. — Der erste Antrag (Referent Stadtbaurath Hobrecht von Stettin) faßt den von Danzig (Bürgermeister Eing) ausgesprochenen Gedanken eines Verbandes der Festungsgemeinden zur nachhaltigen Wirksamkeit in die folgende, nach kurzer Diskussion einstimmig akzeptierte Form: "Die durch die diesmalige Konferenz begonnene gemeinsame Thätigkeit der Vertreter norddeutscher Festungsgemeinden zur Herbeiführung einer Aenderung des Rayongesetzes soll bis zur Erreichung dieses Ziels fortdauern und zu dem Ende ein geschäftsführender Ausschuß von drei Gemeinden gewählt werden. Demselben soll angeheimgesetzt werden, in geeigneter Weise durch die Presse, durch Veröffentlichung und Verbreitung des für Beurtheilung der Angelegenheit in Niede wichtigen und maßgebenden Materials zu sorgen, ev. eine neue Zusammenkunft in die Wege zu leiten, auch eine Reparirung der durch die Wirksamkeit entstehenden Kosten auf die Festungsgemeinden zu verlassen." Nachdem die Frage, ob man besser Personen oder blos Gemeinden in diesen Ausschuß zu wählen habe, aus Kompetenz- und Zweckmäßigkeitsrücksicht für die Gemeinden entschieden worden, designierte der Vorsitzende in Übereinstimmung mit Kommission und Versammlung die Festungsgemeinden von Danzig, Erfurt und Köln als die ihrer Lage und Bedeutung nach geeigneten Vertretungen für die Zeit bis zum nächsten Kongress. Die Delegirten dieser drei Gemeinden sollen sofort nach Genehmigung und Wahl seitens ihrer städtischen Kollegen eine persönliche Zusammenkunft zur Befreiung des Geschäftsganges abhalten. — Der zweite Antrag (Referent Oberbürgermeister Martins von Glogau) richtet sich auf eine Petition betreffend des vorliegenden Expropriationsgesetzenwurfes an das preußische Abgeordnetenhaus, dessen Kommission in Erwartung derselben den Abschluß ihrer Arbeiten bereits unterbrochen hat. In Betracht, daß diese Petition schroffen Formen vermeidet, welche die Kölner Bürgerschaft (nicht zu verwechseln mit den milder petitionirenden Kommunalvertretung Kölns) in ihrer Petition gewählt hatte, gab auch der Vorsitzende seine am ersten Tage ausgesprochene Abneigung gegen diesen Schritt auf, und der Antrag wurde gleichfalls einstimmig und ohne Aenderung angenommen. In letzterem wird auf früheren Verhandlungen des Landtages, namentlich dessen nach dieser Rüfung gehenden Beschuß vom Jahre 1862, zurückgewiesen und die nach den Motiven des Expropriationsgesetzenwurfes intendirte Nichtigkeitsbegründung durch Rayonveränderung Benachtheiligten als eine mit dem Wortlaute des § 4 der Regierungsvorlage in Widerspruch stehende außerordentliche Härte gegen die ohnehin schwer bedrückten Grundbesitzer in Festungsgemeinden bezeichnet, und zur Vermeidung dieser Härte, wie aller Unklarheiten gebeten, dem Wortlaute des § 4 (§ 5 nach der Herrenhausberathung): "Daßjenige, was dieses Gesetz über Entziehung und Beschränkung am Grundeigenthum bestimmt, gilt auch von Entziehung und Einschränkung der Rechte am Grundeigenthum", folgenden Zusatz zu geben: "Es gilt namentlich auch von denselben Beschränkungen des Eigenthums, welche eintreten, sobald neue Festungen, Innen- oder Außenwerke von Festungen (Vorfestungen), Lünetten, Pulvermagazine oder andere fortifikatorische Bauten angelegt oder die jetzigen Rayonlinien oder Rayonbezirke bei bereits bestehenden Festungen, Lünetten, Pulvermagazinen oder anderen fortifikatorischen Anlagen abgeändert werden." — Der dritte Antrag endlich, eine Petition an den Bundeskanzler um Erlass eines Festungsgesetzes zu richten, fand zwar prinzipiell Anerkennung, soll aber in seinen Modalitäten in einer letzten Sitzung noch näher berathen werden.

**Berlin**, 14. Jan. (Schlußsitzung.) Die Verhandlungen des ganzen dritten Tages galten der Durchberathung der an den Bundeskanzler zu richtenden Petition um ein vollständiges Festungsgesetz. (Referent Bürgermeister Franke von Stralsund.) Es wurde dabei lebhaft, und weit schärfster noch als am ersten Tage bei den direkten Klagen, die mit dem wachsenden Verkehr schlechtdings nicht mehr zu vereinbarenden Mißverhältnisse des bürgerlichen Festungsebens geschildert, ja man führte ganz besonders im Beispiel Magdeburgs sich haltend, aus, wie unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen schließlich das militärische Interesse eben gefährdet sei, wie das bürgerliche. Die Unmöglichkeit, innerhalb der trog ihres Bachtums an Bewohnern und Verkehr unveränderlich eingeengten Stadt Räume für neue Anlagen zu finden oder mit denselben über die äußerste Rayonlinie hinauszugehen, zwingt die Bewohner, auf Revers und unter den lästigsten Bedingungen selbst die kostbarsten Bauten innerhalb der Rayonbezirke anzulegen, und wenn dann im Kriegsfalle, nach erfolgter Ausweisung der Nicht-verproviantirten, also der Mehrzahl gerade der handarbeitenden Bürgerschaft, die Räumung der Rayons befahlen würde, so fehle es unbedingt an den nötigen Kräften zur Ausführung dieses viele Millionen vernichtenden Befehls, die Festung könne also nicht genügend schnell und gut in Vertheidigungszustand versetzt werden, und alle die ungeheueren, ihrer Erhaltung gebrachten Opfer könnten leicht fruchtlos bleiben. Im übrigen wurde mehrfach die Notwendigkeit anerkannt, das Interesse einzelner Gemeinden immerhin dem Wohle und der Vertheidigungsfähigkeit der Allgemeinheit soweit als irgend möglich unterzuordnen, weshalb denn auch die Forderung einer Entlastung der Festungen von Hand- und Spanndiensten bei Mobilisirung zurückgezogen,

die Forderungen einer staatlichen Rückerstattung für Kriegsfeuerschäden durch Bombardement als zur Zeit unausführbar und nicht die Festungen allein bestreitend abgelehnt, und nur den permanenten Ausschuss des Verbandes zur gelegentlichen Wiederaufnahme zugewiesen wurde. Der Wunsch, diese loyale Ansicht gleichzeitig mit der Notwendigkeit der beibehaltenen Forderungen dem Bundeskanzler überzeugend vorzuführen, rief lange und lebhafte Debatten über die Ausdrucksformen hervor, bis endlich die Fassung von acht Gesichtspunkten für das Petition festgestellt war: „Der Bundeskanzler möge veranlassen, daß schleunigstmöglich dem Reichstage der Entwurf eines Festungsgesetzes vorgelegt und schon in den Vorberathungsstadien dieses Gesetzes das Gutachten der Vorstände der betreffenden Städte über dasselbe gehörte werde.“ Diese acht weitläufiger erörterten Punkte sind kurz: 1) Die schon in der Petition an das Abgeordnetenhaus hervorgehobene Entschädigungsfrage für die Nachtheile aus Rayonveränderungen. 2) Die mangelhafte Fassung des Rayon-Regulatius vom 10. September 1828 und dessen einseitige Handhabung lediglich durch Militärpersonen, welche einem präzisieren Gesetze und der Mitwirkung von Zivilbehörden um so nothwendiger weichen müssen, als sich bei einer Revision vielleicht noch strengere Anforderungen als bisher von militärischer Seite befürchten ließen. 3) Die Notwendigkeit einer Erweiterung der Festungen auf Staatskosten bei räumlicher Gefahr in feuer- und gesundheitspolizeilicher, sowie im fiktiller Hinsicht. 4) Forderung der Gleichstellung des Militär- und Zivilfistus in strafenpolizeilicher Beziehung. 5) Abwehr der aus untergeordneten fortifikatorischen Rücksichten oft üblichen Behinderung der Festungsgemeinden an wichtigen Verkehrs- und sanitätlichen Institutionen. 6) Forderung ausreichender Kasernen für die Festungen. 7) Präzifierung der im Kriegsleistungsgesetz vom 11. Mai 1851 ungeordnet gelassenen Anforderungen an die Festungsbewohner im Falle drohender Belagerung. 8) Be seitigung des Missbrauches militärischer Konsepte zur Erwirkung bedeutender zivilgemeindlicher Leistungen. — Die hiernach redigirte Petition wurde von den Anwesenden sofort Namens ihrer Kommunen unterzeichnet, und der permanente Ausschuss, der wiederum Erfurt (Oberbürgermeister v. Oldershaußen) vorläufig an die Spitze stellte, erhielt Auftrag, von den nicht mit vertretenen Festungsgemeinden noch ausdrückliche Beitrittsklärungen einzuholen, obgleich dieselben schriftlich vorweg ihre Zustimmung zu den vom Kongress erwarteten Wechslüssen befunden haben.

## Lokales und Provinzielles.

## Lokales und Provinzielles.

**Posen**, 15. Januar. Durch eine frühere Verfügung des Ministers des Innern waren die Bezirksregierungen ermächtigt, mit Verordnungen vorzugehen, um den Gebrauch von Petroleumbeleuchtung in ländlichen Wirtschaftsräumen als zu gefährlich zu verbieten. Dagegen ist nun darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Landwirthe die Vortheile dieser Beleuchtung nicht gern entbehren und daß andererseits bei genügender Vorsicht, zumal bei dem jetzt gereinigten Petroleum und bei den verbesserten Beleuchtungsapparaten, die Gefahr des Explodirens oder Feuerfangens eine sehr geringe ist. Durch

Besitzung vom 7. d. M. sind daher die Bezirkeregierungen aufgefordert worden, über die bisher in dieser Beziehung gemachten Erfahrungen zu berichten, sowie sich darüber auszusprechen, ob das oben erwähnte Verbot nicht für entbehrlich zu betrachten sei. Eine definitive Entscheidung ist dann nach Eingang der Berichte zu erwarten.

[Obduktion.] Donnerstag Nachmittag fand im Leichenhause des hiesigen städtischen Krankenhauses die gerichtliche Obduktion der Leiche jenes ehemaligen Bädermeisters statt, welcher in der Nacht vom Montage zum Dienstag plötzlich gestorben war, nachdem er bei einer Schlägerei am Montage mit einem Schlüssel einige Hiebe auf den Kopf erhalten hatte. Neuherlich fand sich weder am Kopfe, noch am übrigen Körper eine Verletzung vor; eine Ansäuselung am Hinterkopf rührte von einer Balggeschwulst her. Bei der Sektion ergab sich eine übermäßige Auffüllung der Blutgefäße in den harten und weichen Hirnhaut. Nach dem ärztlichen Gutachten ist der Tod des Verstorbenen in Folge eines Hirnschlags erfolgt. Da sich von Verletzungen der Hirnhäute nicht die mindeste Spur vorsandt, so ist selbstverständlich der Tod auch nicht durch die Schuld eines Dritten herbeigeführt worden.

[Unglücksfall.] Am Mittwoch war ein hiesiger Bädermeister mit Pferden nach Rostkowitz gefahren, um dieselben dem dortigen Gutsbesitzer zu verkaufen. Als nun die Pferde vor einer Häckselmaschine gespannt wurden, setzte sich der Bädermeister selbst auf den Schemel, und fiel, als dasselbe in's Schwanken geriet, so unglücklich herab, daß der eine Fuß vom Getriebe erfaßt wurde, während die Pferde scharf anzogen. Der Unglückliche mußte nach Posen zurückgeschafft werden; zunächst ist der gebrochene Fuß amputiert worden, doch sollen, wie es heißt, die oberen Knochen bleibhaft an einer Stelle gebrochen sein.

— Die [Thürdrücker-Diebstähle] hören noch immer nicht auf; so sind während der Abendsstunden am Donnerstag auf's Neue zwei messiane Thürdrücker gestohlen worden.

— Aus dem uns zugänglich gewordenen Verwaltungsbericht des "Württembergischen Frauenvereins" im Czarnikower Kreise, der sich unter dem Vorsitz der Frau Gräfin Molte-Behle im Februar 1868 gebildet hat, entnehmen wir, daß sich die Zahl der ordentlichen Mitglieder auf einige Hundert beläuft. — Die Jahres-Einnahme beträgt 400 Thlr. — Die Notstände des vergangenen Jahres berührten auch den Czarnikower Kreis, in welchem mehrere Monate hindurch der Fleckfieber-Typhus wütete. Der Verein konnte seine Tätigkeit gleich beginnen; es wurden in den Städten sowohl als auf dem Lande kräftige Suppenverabreitung und den Mängeln des kleinen Lazareths in Schönlanke durch verabreichte Wäsche und andere Utensilien abgeholfen. Der gründete Strick-Verein beschäftigte 250 Frauen und Mädchen und sind gegen 1500 Paar Strümpfe angefertigt worden. Das Resultat des ersten Verwaltungsjahres ist als befriedigend anzusehen. Möchte das neue Jahr dem Verein neue Kräfte und liebvolle Theilnehmer zuführen.

+ Gostyn, 14. Januar. Durch den plötzlichen Tod des hiesigen Bürgermeisters Imkemeier am ersten Weihnachtstage, ist jetzt das allgemeine Tagesgespräch hier die Besetzung der vacant gewordenen Stelle. Die provisorische Verwaltung wurde widerruflich dem Distrikts-Kommissarius Gabler übertragen. — Sonnabend werden in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung der Beigeordneten Langner, das Magistratsmitglied Gaebler und der Stadtverordnete Bezaikewicz eingeführt und über den Vorsitzende dieser Sitzung über die Höhe des Gehaltes des zukünftigen Bürgermeisters beschließen. Dasselbe war bis jetzt 300 Thlr.; bei solch geringem Entkommen läßt sich, selbst bei den höchsten Ansprüchen, kein sorgenfreies Leben führen; es liegt im Interesse der Verwaltung, den zukünftigen Bürgermeister besser zu stützen. Hierzu kommt, daß, wenn auch die Lage der einzelnen Bürger keine bessere geworden ist, doch die Einwohnerzahl bedeutend gestiegen und mit ihr die Arbeiten des Bürgermeisters; außerdem hat Gostyn jetzt Garnison, durch welche dieser vielfach in Tätigkeit gezeigt wird. — Nicht minder sind die Arbeiten des hiesigen Kämmerers geflogen, der jetzt auch die Servicelder zu vereinnahmen und zu verausgaben hat. Sein Gehalt jedoch hat sich seit 16 Jahren keiner Verbesserung erfreut, trotzdem über die Gewissenhaftigkeit in seiner Amtsführung volle Zufriedenheit herrscht. — Seit einigen Wochen erfahre wir uns hier der Petroleum-Straßenbeleuchtung, nachdem die Ölbeleuchtung nach langem Streite zwischen Magistrat und Stadtverordneten befehligt worden. — Die Hoffnung unserer Hunde auf das Jahr 1869, das sie bald von den Ketten befreien sollte, an denen zu liegen sie gegen Ende vorigen Jahres auf 6 Wochen verurtheilt worden sind, weil sich ein toller Hund gezeigt hatte, ist wieder auf 6 Wochen vereitelt worden, da gestern wieder ein toller Hund angetroffen und erfaßt worden.

—n. Bißa, 14. Jan. Gestern gab Herr Musikmeister Ruscheweyh aus Rawicz im hiesigen Schützenhaus sein zweites Abonnements-Konzert. Dasselbe war ebenso zahlreich besucht, als das erste. Der nicht kleine Saal ist nicht im Stande, die Menge zu fassen, und viele werden von dem Besuch durch die Aussicht zurückgeschreckt, den ganzen Abend stehen zu müssen. Diese rege Beteiligung hat aber auch ihre Berechtigung, denn Herr Ruscheweyh und seine Kapelle leisten nur Anerkennenswertes und das wohl verdiente Lob wurde gestern noch rüchhaltsloser gespendet als beim ersten Konzert. Es ist auch ein bedeutender Fortschritt nicht zu verkennen und namentlich das exakte Zusammenspiel röhmt hervorzuheben. Dazu brachte das Programm viel des Schönen. Im ersten Theil die Jupiter-Symphonie von Mozart und die Musik zu "Egmont" mit verbindernder Declamation. Im zweiten Theil erntete die Oberon-Ouverture reichen Applaus und die den musikalischen Humor vertretenden Vogt'schen Variationen über "Vott ist tot" wurden da capo verlangt.

Heute liest Herr E. Paluszki im Saale des hiesigen Gymnasiums; ein Konzert von Herrn Rubinsteink am hiesigen Ort ist wahrscheinlich; im hiesigen Gesangverein für klassische Musik wird die reizende Komposition von R. Schumann: "Der Rose Pilgerfahrt" zur Aufführung im April vorbereitet; im hiesigen Verein junger Kaufleute werden fleißig Vorträge gehalten (am 20. d. M. wird Herr Dr. Wenzel aus Posen über PsychoLOGIE sprechen) und somit fehlt es hier nicht an geistiger Anregung.

### Wissenschaft und Literatur.

Ein Blick auf die literarischen Erscheinungen der letzten Jahre läßt das erfreuliche Bestreben des deutschen Buchhandels wahrnehmen, die Schäfte unserer alten und neuen Literatur theils durch billige Ausgaben unserer Klässiker, theils vermittelst wohlfester Familien-Journale zum Gemeingut aller und auch der Unmittelbaren zu machen. Der Beginn des neuen Jahres bringt hierzu einen schägengeworchen Beitrag in der in Stuttgart (Verlag von Hermann Schönlein) erscheinenden geschmackvoll illustrierten "Allgemeinen Familien-Zeitung," welche wegen ihres wohlfesten Preises (18 Sgr. pro Quartal oder 6 Sgr. pro Heft bei demselben Umfang und Format wie die bekannte große Leipziger Illustrierte Zeitung) und reichhaltigen unterhaltenden und belehrenden Inhalts das billigste Familien-Journal genannt werden muß. Das neue Unternehmen kann mit Recht als eine Universal-Familien-Zeitung bezeichnet werden. Der Leitfaden ist ebenso umfangreich wie interessant. Namen wie Mag. Ring, H. Noé, Valduin Möllhausen, Th. Wintler, W. Baer, R. Neumann-Strela, O. Mylius etc., deren Beiträge die Spalten der ersten 4 Nummern zieren, bilden für die Gediegenheit des Textes, welcher Novellen, Romane, humoristische und überhaupt Erzählungen aller Art, Aufsätze historischen, naturwissenschaftlichen, kulturstorischen und sonstigen mannigfaltigen Inhalts, wöchentliche Berichte über neue Erscheinungen auf den Gebieten der Literatur, Kunst, Theater, Musik, Altertumskunde, Gewerbe und Industrie, Erfindungen, Handel, Statistik, Heerwesen, Länder- und Völkerkunde, Reisen und überhaupt Alles umfaßt, was geeignet ist, die Familie auf der Höhe der Bildung unserer Zeit zu erhalten. Die Illustrationen gehören zum Besten, was in diesem Berichte geleistet wurde.

— Zur Befestigung der Dr. Taschenberg'schen Preischrift: "Die Naturgeschichte der wirtellosen Thiere u. s. w." ist für die beste Schrift über sämtliche, dem Wein- und Obstbau schädliche Insekten von

dem landwirtschaftlichen Verein der Rheinprovinz ein Preis von 150 Thlr. ausgesetzt. Die Schrift soll 4 Druckbogen nicht überschreiten und bis zum 1. Juli d. J. an das Sekretariat des genannten Vereins eingereicht sein.

### Volkswirthschaftliches.

#### H a n d e l.

Breslau, 13. Jan. Die Neubauprojekte der Oberschlesischen Eisenbahn Breslau-Glatz-Mittelwalde und resp. Kosel-Neisse Frankenstein, nebst Abzweigungen nach Leobschütz und Ziegenhals sind, wie wir vernehmen, von den Gesellschaftsvorständen wieder definitiv aufgenommen. In der heutigen ersten diesjährigen Sitzung des Verwaltungsrates wurde die Vorlegung und Empfehlung jener Projekte an eine neue außerordentliche Generalversammlung, unter den bereits bekannt gewordenen von dem Herrn Handelsminister zugestandenen Modifikationen der früheren Vorlage (Nichtbeheiligung des Staats an der Superdividende des neuen Unternehmens und Fixirung seines Stimmrechts auf  $\frac{1}{2}$  der in den Generalversammlungen vertretenen Stimmenzahl) und unter Festsetzung des neuen Baukapitals auf 8,404,100 Thlr. in Stammaktien und 11,095,900 Thlr. in Prioritäten, beschlossen. Als Tag der Generalversammlung ist der 6. Februar d. J. festgesetzt. In derselben kommt auch ein Nebeneinkommen mit der Staatsregierung, betreffend die Auflösung des aus den Intraden des oberschlesischen Unternehmens gebildeten Zinsgarantiefonds für das Anlagekapital der Breslau-Posen-Glogauer und Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn zur Vorlage. — Nähere Mittheilungen behalten wir uns vor.

(Schl. 3.)

### A f f e r b a u.

Stand der Früchte. Bei der außerordentlichen Milde, die der gegenwärtige Winter bis bisher zeigte, ist es nicht anders zu erwarten, als daß die Wintersäaten fast allgemein einen erfreulichen Stand zeigen. Aus dem mittleren Frankreich wird in dieser Beziehung berichtet: Da unsere Wintersäaten im Herbst frühzeitig und unter günstiger Witterung ausgestellt werden konnten, ist es nicht zu verwundern, daß dieselben unter fortgesetztem Frostfreiheit, ja milden Wetter eben, zu Neujahr, eine Reppigkeit zeigen, wie man sie sonst um diese Zeit zu sehen nicht gewohnt war. Insbesondere zeigt sich der Roggengrund so grün und so erstaunt, wie es gewöhnlich erst Mitte April der Fall ist. — Aus England heißtt man mit, daß im Monat Dezember nicht selten die Temperatur bis auf 12 und 14 Grade stieg. Daß unter solchen Umständen in der Entwicklung von Roggen und Weizen kaum ein Stillstand eintritt, ist klar. Sollte sich der Winter noch ernsthaft einstellen, so könnte leicht der Fall eintreten, daß die Roggen- und Weizenfelder im künftigen Frühjahr nicht mehr den nötigen Vorraath an Pflanzennährstoffen enthalten, um das Wachsen der Früchte kräftig zu unterstützen. — Aus den Gegenden des Oberhessens und der oberen Donau wird mitgetheilt, daß die Wintersäaten durch Hochwasser bedeutend gelitten haben. Selbst in den Mittelgebirgsgegenden hält eben der Rhein noch große Distrikte unter Wasser. In der Pfalz haben die Wintersäaten einen hervorragenden Stand. Nur einmal ging in diesem Winter hier das Thermometer unter Null, aber nur so wenig, daß es der Raps kaum empfunden hat. Derselbe ist daher fast überall so kräftig, als wenn er in die Blüthe gehen wollte. Noch stark eintretende Fröste müßten ihn ohne Zweifel erheblich schädigen. — Aus Franken wird mitgetheilt, daß die Winterfrüchte vielfach nicht befriedigend ständen. Die Herbstsäaten sei meistens unter ungünstiger Witterung erfolgt und daher schon die Keimung nicht normal gewesen.

### V e r m i s t e s.

\* Graustadt, 12. Jan. Ein ungemein schmerzliches Ereigniß erregt hier die Stadt sowohl durch das Entstehen, wie durch die Folgen. Ein junger Mann von fast 18 Jahren, die Hoffnung seiner Eltern, bis vor Kurzem noch Schüler der hiesigen Realschule, hat sich durch Gift das Leben genommen. Man hört einerseits, daß religiöse Zweifel ihn gequält hätten, andertheils folgendes: Es soll derselbe ein Gedicht in etwas unziemlichen Ausdrücken verfaßt haben, darin er eben nicht Lobendes und auf den kürzlich vereinigten Oberprediger Sp. Bezugliches ausgesprochen, und dasselbe zum Druck in das hiesige Wochenblatt geschickt haben; die Redaktion desselben soll den Abdruck abgelehnt haben. Sein Prinzipal, ein Apotheker, soll ihn sofort aus dem Dienst geschickt haben, und er soll anderweitig über die Sache zur Riede gestellt und mit schwerer Strafe bedroht sein, was ihn so erzittert haben soll, daß er selbiges Tages hingegangen ist, um von einer anderen Apotheker angeblich im Namen seines Prinzipals Morphin zu fordern, welches er dann in Abwesenheit seiner Eltern in solger Menge in Kaffee geschüttet und getrunken hat, daß diese zu grohe Menge dieses Giftes seinen Tod erst am andern Morgen erfolgen ließ, da, wie die Ärzte erklärt haben sollen, der sechste Theil dieses Giftes einen weit schnelleren Tod herbeigeführt haben würde. Doch soll er nicht besonders gelitten haben und bis kurz vor seinem Ende bei Bewußtsein geblieben sein. Unverständlich ist es, weshalb ein so geringes jugendliches Vergehen so unverhältnismäßig hart beurtheilt und ihm eine solche Wichtigkeit beigelegt werden könnte. Jedenfalls ist die Folge viel bedauernswürdiger (Kt. Stg.)

\* Berlin. Im August d. J. werden es 250 Jahre, daß das jetzige Ostpreußische Grenadier-Regiment Nr. 1 (Kronprinz) besteht. Nicht nur Se. K. H. der Kronprinz, sondern auch noch andere Mitglieder der königlichen Familie werden wahrscheinlich der Jubiläumsfeier beiwohnen. Um diese Zeit soll in der Provinz Preußen ein großes Manöver des 1. Armeekorps stattfinden.

\* Berlin. Ein günstiger Zufall hat mir, schreibt ein hiesiger Korrespondent der "Schles. Stg.", das Vergnügen verschafft, "Christus, genannt Melzer" zu sehen. Da weiß nicht, ob Sie Ihre Lefer schon mit dieser Persönlichkeit, welche unsere neueste Aera eben so gut wie die Herren Knak, Preuß und andere zu illustrieren geeignet ist, bekannt gemacht haben. Die "St. B." war es zuerst, in welcher Herr Melzer vor die Öffentlichkeit trat in einem sehr klein gedruckten Insertate, welches Guido Weiß, der für solche Dinge einen wunderlichen Blick hat, entdeckte. Herr Melzer also hatte in der hiesigen "apostolischen Gemeinde" verkündigt, daß er Christus sei und dies dann in der "St. B." nachträglich mit der blasphemischen Unterschrift, die wir oben geben, bestätigt. Daß er sich die "apostolische Gemeinde" ausgesucht, kommt daher, daß diese Gesellschaft die persönliche Wiederkehr Christi erwartet und Melzer also hier das günstigste Feld erblickte, Glauben zu finden. Indessen scheint die apostolische Gemeinde in dem konkreten Falle skeptisch gewesen zu sein, sie erkannte die Melzerische allerdings nur von ihm selbst beglaubigte Mission nicht an, und wahrscheinlich unzufrieden über dieses Verkennen, betrat Melzer den nicht mehr ungewöhnlichen Weg des Intrats, um sich zur Geltung zu bringen, wie das so vielen Leuten, allerding bei irdischer Missionen gegückt ist. Er ist jedoch vorläufig wahrscheinlich nur mit dem modernen Pilatusfin der Polizei in Verbindung gekommen, die hoffentlich gegen ihn eben so viel Schonung an den Tag legt, wie sie dem frommen Dr. Preuß erwiesen worden ist. Melzer ist ein kleiner Mann, etwa in den vierzig Jahren, mit dünnem, blondem Haar und Bart und mit einem lahmten Beine, so daß er an der Krücke gehen muß. Er betreibt zwar ein Handwerk (ich weiß nicht, welches), hat aber immer, wohl auf Grund seiner körperlichen Gebrechlichkeit, Unterstützungen besonders von Juden erhalten. Er ist längere Zeit Mitglied des evang. Junglingsvereins gewesen, wo er wohl den Grund zu seiner religiösen Schwärmerei gelegt hat — vorausgesetzt, daß es sich nicht um eine bloße Spekulation handelt. Die Persönlichkeit scheint so unbedeutend, daß es sich nicht der Mühe lohnt, sich weiter damit zu beschäftigen. Der Vorgang aber erinnert daran, daß vielleicht auch in Berlin recht ergiebiger Stoff für einen Dizon vorhanden wäre. Sie wissen, ich meine den Verfasser der "Seelenbräute".

\* Königsberg, 14. Jan. Das Aufstreuen der Trichinenkrankheit unter den Schweinen hat sich in hiesigem Bezirk vermehrt, und soll auf einem in der Nähe unserer Stadt gelegenen großen Gute sogar Veranlassung gewesen sein, die ganze rege renommierte Schweinezucht aufzugeben. Im Verhältniß dazu steht auch die zunehmende Zahl der in neuerer Zeit beobachteten, meistens freilich leichteren Erkrankungen an der Trichinose unter den Bewohnern unserer Stadt und Umgegend. (Aus Stettin werden ebenfalls mehrere Fälle von Trichinenkrankheit gemeldet.)

\* Gumbinnen, 9. Jan. Ueber den bereits kurz mitgetheilten Zusammensloß zwischen Schmugglern und russischen Grenzsoldaten bringt die "Pr. Stg. Stg." folgendes Nähere: Nach einer Mittheilung des kaiserlichen russischen Chefs des Georgenburger Sollbezirks, Geheimen Staatsraths v. Hansemfeld in Lauenrogen, sind Schmuggler auf Schlitzen, nachdem sie die erste russische Grenzwachlinie ungehindert passirt waren, auf der zweiten Linie Schwägern mit Grenzsoldaten zusammengetroffen und haben bei einem Gefecht mit Schußwaffen zwei derselben getötet, zwei andere verwundet und auch ein Pferd erschossen und zwei Pferde verlegt. Von der Grenzwache sind vier Schmuggler verwundet und gefangen genommen und fünf Schlitzen mit Waaren und 13 Bässern mit Spiritus erbeutet. Nach dem darauf von der diesjährigen Grenzbehörde veranlaßten Nachsuchen ist es gelungen, Beweise dafür zu erlangen, daß 17 russische Sämannen, unter denen sich auch die vier Gefangenen befinden, an dem Egels Theil genommen haben und von preußischer Unterthanen ist nur der Sohn eines Bauern aus dem Grenzdorf Pakelitz im Kreise Heydekrug der Theilnahme verdächtig. Schon vor einigen Wochen hatten die Schmuggler die Absicht, die Grenze zu überschreiten, waren aber davon abgestanden, weil die erste Linie zu stark besetzt war. Sie mußten bei einigen preußischen Bauern Unterkommen suchen, und jedenfalls sind die Russen durch Spione, welche sie auf preußischer Seite zu gewinnen wissen, von dem beabsichtigten Schmugglerzuge unterrichtet gewesen. Um den Beschlag sicherer zu machen, haben sie die Schmuggler auf der ersten Linie ungehindert durchgelassen und dann, ihre Spur verfolgend, sie angegriffen. Die königliche Staatsanwaltschaft hat die gerichtliche Untersuchung bereits eingeleitet und durch den diesjährigen Grenzkommisarius ist ein gemeinschaftliches Vor-gehen mit den russischen Untersuchungsbeamten herbeigeführt worden.

\* Aus Dresden geht der "Nat. B." ein Aufruf für den dort lebenden Dichter Heinrich Martin zu, der seit dem vergangenen Frühling Gehör und Augenlicht verloren hat und in sehr bedrängten Umständen mit seiner treuen und aufopfernden Gattin lebt. Unter seinen Dichtungen werden einige Bände Novellen und besonders die Sammlung seiner vortrefflichen Denkschriften: "Ein Buch der Weisheit und Wahheit" (Dresden, H. Janicke Verlag) gerühmt. Der Aufruf schließt mit den Worten: "Sollte es in diesem Augenblicke des Erdbebens, wo aller Orten hilfsbereite Herzen so gern einen Strahl aufrichtender Liebe in das Winterland der Armut senden, nicht eine doppelte Pflicht sein, an den kranken und erblindeten Dichter, seine Leistungen und seine gänzlich hilflose Lage zu erinnern? Wir bezweilen keinen Augenblick, daß Bielen unserer Leser mit dieser Hinweisung nur gedienc ist. Heinrich Martin ist unter der Adresse H. Janicke, Prienstrasse in Dresden, zu erfragen. Dem noch immer geistig sehr regen, noch immer fast ungebeugt mit einem entzückenden Schicksal ringenden Manne könnte durch lebendig sich behätigende Theilnahme für einzelne seiner Produkte, sowie durch einige unmittelbar eingreifende Nachhilfe zu einem friedlichen Lebensabend, vielleicht zur Wiedergewinnung seines Augenlichts verholfen werden!"

\* Aus dem "Volksfreund" erfährt man heute, daß das "weltgeschichtliche Jahr des ökumenischen Konzils" auch das Jubeljahr Pius IX. ist, welcher laut römischen Ordinations-Registers am 5. Januar 1817 die niederen Weihen, am 20. Dezember 1818 das Sub-Diaconat, am 6. März 1819 das Diaconat und am 10. März desselben Jahres die Priesterweihe erhielt. Am 10. April 1869 ist also Pius IX. fünfzig volle Jahre Priester und fällt seine Sekundiz auf diesen Tag, welchen der "Volksfreund" durch Kundgebungen der Liebe und Ergebenheit besonders zu feiern empfiehlt. Subskriptionen und dergleichen genügen dem "Volksfreund" nicht, er will zur Feier der Sekundiz des Papstes eine "großartige, sichtbare Demonstration", die nicht bloß von Priestern, sondern auch von Laien ausgehen soll und in Huldigung-Adressen, Gaben für den Peterspfennig mit der speziellen Widmung für die päpstliche Sekundiz bestehen soll. Zur Organisation des Ganzen empfiehlt der "Volksfreund" die Niedersetzung eines Komite's von katholischen Männern.

\* Dem in Pest erscheinenden czechischen Blatte "Obrana" wurde für Prag der Postdebit entzogen.

### Briefkasten.

H. S. in Stuttgart. Wir sind bereit. Einsendungen erbitten wir durch die Firma: Ernst Rehfeld in Posen.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

### L o t t e r i e.

Köln, Donnerstag den 14. Januar. Der Hauptgewinn der Dombau-Lotterie von 25,000 Thaler fiel auf Nr. 120,437, 5000 Thlr. auf Nr. 158,458, 2000 Thlr. auf Nr. 253,176, 1000 Thlr. auf Nr. 139,649. Ein Gewinn von 2000 Thlr. fiel auf Nr. 123,108, ein Gewinn von 1000 Thlr. auf Nr. 79,422 und sieben Gewinne von 500 Thlr. auf Nr. 6026, 85,244, 87,811, 155,561, 263,609, 342,263 und 346,875.

### Angelommene Freunde

vom 15. Januar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer v. Potocki aus Bendlew, v. Schenck aus Kawczyn, Witte und Frau aus Chróstow, die Kaufleute Karutty aus Magdeburg, Westphal aus Pl

## Bekanntmachung.

Die in unserem Firmenregister unter Nr. 77. eingetragene Firma **Hirsch Kaiser Wittwe** ist erloschen und aufzuge Beifügung vom 11. Januar c. am 12. Januar c. im Register gelöscht worden.

**Wreschen**, den 11. Januar 1869.

Königliches Kreis-Gericht.

In dem Konturse über das Vermögen des Kaufmanns **Abraham Kantorowicz** zu Wreschen ist zur Anmeldung der Börderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist bis zum 9. Februar d. J. einschließlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Börderungen ist auf

**den 19. Februar 1869,**

**Vormittags 10 Uhr**, vor dem Kommissar, Herrn Kreisrichter **Thiel**, im Audienzzimmer Nr. 1 unseres Geschäftsklos als anberaumt, und werden zum Er scheinen in diesem Termin die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Börderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben. Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Börderung einen am hiesigen Ort wohnhaften oder zu Pragis bei uns be rechtigten auswärtigen Bevollmächtigten be stellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte **Paasch, Malecki und Mittelstaedt** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

**Wreschen**, den 9. Januar 1869.

Königliches Kreisgericht.

### I. Abtheilung.

## Bekanntmachung.

Am 22. Januar 1869, Mittags 12 Uhr, werden hier am Markt vor dem Wohnhause des Kaufmanns Herrn **Ziemer** verschiedene Mobiliargegenstände und ein Reit pferd öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich hohe Bezahlung durch unsern Auktions kommissarius verkauft werden.

**Wongrowiec**, den 11. Januar 1869.

Königliches Kreisgericht.

### I. Abtheilung.

## Auktion.

Montag, den 18. Januar, früh von 9 Uhr ab, werde ich im **Auktions-Lokale**, Magazinstraße Nr. 1, diverse Mahagoni- und birke Möbel, als Kleider, Wäsche, Küchenstände, Tische, Stühle, Sofas, Spiegel, Uhren, Kleidungsstücke, Pelz, Muffen, Krägen, Bettw., so wie um 12 Uhr einen Arbeits-Wagen und ein Fahrrad öffentlich versteigern.

**Rychlewski**,

Königl. Auktions-Kommissar.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts werde ich Dienstags den 19. Januar 1869, Vormittags 11 Uhr, in **Staszewko** bei Budewitz ein Fortepiano, verschiedene Möbel von Mahagoni- und Birkenholz und 20 Gänse öffentlich meistbietend gegen gleich hohe Bezahlung verkaufen.

**Schroda**, den 12. Januar 1869.

Der Auktions-Kommissar **Schroeder**.

Ein in **Tarczyn** auf dem Markt in der Nähe der katholischen Kirche sub Nr. 3 belegenes und zum Laden resp. Restauration geeignetes Wohnhaus, ist aus freier Hand sofort zu verkaufen. Kauflustige wollen sich an die **M. Kobylnska** in Pleschen wenden.

**Kauf-Gesuch.**

Ein Landwirt wünscht sich in Niederschlesien, Oberschlesien oder der Provinz Posen anzukaufen und erucht Besitzer, welche ein Rittergut von ca. 1000 Morgen Weizenboden veräußern wollen, genaue Anschläge und Bedingungen sub **G. 3616** an die Annonsen Expedition von **Rudolph Moese** in Berlin gelangen zu lassen.

Ein großes Wohnhaus nebst Einfahrt und großem Hofraum, am Markt in einer großen Garnisonstadt, an der Eisenbahn und Chaussee, im Großherzogthum Posen, wo seit längerer Zeit eine Handlung und Schank betrieben wird, sich zu einem Gasthofe oder großen Handelsgeschäft eignend, ist sogleich unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Nähtere Auskunft erhält die Expedition dieser Zeitung.

Eine lebhafte Konditorei, verbunden mit Restauration und Billard in einer großen Provinzialstadt ist Umständshalber sofort oder später zu übernehmen. Näheres unter **H. S. post** restante **Bromberg**.

Umzugshalber beabsichtige ich mein seit circa 8 Jahren bestehendes Material- und Kurzwaren, nebst Lampen- und Beleuchtungsgegenstände-Geschäft (leichteres das Einzige im Drie), zu verkaufen. Das Geschäft kann schon zum 1. April c. übergeben werden. Näheres beim Eigentümer

**Moritz Cohn**  
in **Kurnit**.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

Ich habe mich am hiesigen Orte als Maurermeister niedergelassen.  
**Schrömm**, im Januar 1869.

## L. Binert.

**Privat-Entbindungshaus**, konzessioniert mit Garantie der Diskretion, frequentiert seit fünfzehn Jahren.  
**Berlin**, gr. Frankfurterstr. 30. Dr. Vocke.

**Notiz für Damen!**  
Ein Arzt, Alcoucheur, hat seine einsame und gesund gelegene Besitzung, 1½ Stunde von Hannover entfernt, an gernem und bequem eingerichtet, um Damen, die ihrer Entbindung entgegensehen, aufzunehmen. Aufmerksame Pflege unter Aufsicht einer erfahrenen Mutter und Haushfrau. Discretion selbstverständlich. Adr. unter **P. P.** Nr. 50. poste restante **Hannover**.

Dienstag den 19. d. M., 10 Uhr Vormittags, sollen in den Kurniker Forsten (Revier Bielawy)

103 Stück Kiefern-Bauholz und 81 - Eichen-Bauholz im Wege des Meistgebots verkauft

### Die Forstverwaltung.

Kleesamen-Enthüllungsmaschinen  
Kartoffelpflötzter mit runden Stäben.  
Häckselmaschinen für Rosinenbetrieb.  
Klee-Säemaschinen.  
Eiserne Pflüge mit Stahlstreitbrett.  
Reifenbiegmashinen für Schmiede und Wagenbauer  
Borsenschneider für Lohgerber und Lederfabriken  
Pferde Dampfmaschinen mit stehendem Kessel, leicht transportabel  
Spritzschafwäschen, Wasser- und Kettenpumpen, sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräthe aller Art

empfiehlt unter einjähriger Garantie frei nach allen Bahnhofstationen Deutschlands die Maschinen-Fabrik und Eisengießerei

## F. Eberhardt in Bromberg.

### Garten-Anlagen.

werden sachgemäß auf Grund langjähriger Praxis ausgeführt und Anschläge zu solchen geliefert von

**A. Teichelmann**,  
Garten-Künstler.

**Posen**, Sandstraße Nr. 7.

**Kunst- und Handelsgärtnerei**, von **Albert Krause**,

**Posen**, Schützenstraße 13 und 14, unweit der Giebelstücks Fabrik, empfiehlt: Blattspalmen, blühende Topfgewächse, Ball- und Kottillon-Bouquets, Kränze u. c.

Aufträge von außerhalb werden mit Pünktlichkeit und Sorgfalt ausgeführt und für Entgelte nur die baaren Auslagen berechnet.



## Auktion

in **Gerswalde** bei Bahnhof Wilmers-

dorf und Prenzlau über 26 Ram-

bouillet-Bollblut-Böcke und

38 Rambouillet-Negretti-Böcke,

Freitag den 5. Febr., Mittags 12 Uhr. Verzeichnisse auf Verlangen

**Finck**.

**Kauf-Gesuch.**

Ein Landwirt wünscht sich in Niederschlesien, Oberschlesien oder der Provinz Posen anzukaufen und erucht Besitzer, welche ein Rittergut von ca. 1000 Morgen Weizenboden veräußern wollen, genaue Anschläge und Bedingungen sub **G. 3616** an die Annonsen Expedition von **Rudolph Moese** in Berlin gelangen zu lassen.

Ein großes Wohnhaus nebst Einfahrt und großem Hofraum, am Markt in einer großen Garnisonstadt, an der Eisenbahn und Chaussee, im Großherzogthum Posen, wo seit längerer Zeit eine Handlung und Schank betrieben wird, sich zu einem Gasthofe oder großen Handelsgeschäft eignend, ist sogleich unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Nähtere Auskunft erhält die Expedition dieser Zeitung.

Eine lebhafte Konditorei, verbunden mit Restauration und Billard in einer großen Provinzialstadt ist Umständshalber sofort oder später zu übernehmen. Näheres unter **H. S. post** restante **Bromberg**.

Umzugshalber beabsichtige ich mein seit circa 8 Jahren bestehendes Material- und Kurzwaren, nebst Lampen- und Beleuchtungsgegenstände-Geschäft (leichteres das Einzige im Drie), zu verkaufen. Das Geschäft kann schon zum 1. April c. übergeben werden. Näheres beim Eigentümer

**Moritz Cohn**  
in **Kurnit**.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleihen. Näheres **Bäckerstr. 14**, Part. rechts.

**Die Posener Real-Kreditbank**  
**A. Nitykowski & Co.** empfiehlt sich zur Besorgung aller Bank-, Geld- und Wechselgeschäfte, zum An- und Verkauf von Staats-Papieren, Pfandbriefen und Effekten aller Art.

2-300 Thaler sind auf sichere Hypothek zu verleih

## Musikalische Novität!

Mit Beginn dieses Jahres erscheint in dem Verlage von **Robert Apitzsch** in Leipzig und ist darauf durch alle Buch- und Musikalienhandlungen zu abonniren:

# Die Tanzstunde.

## Central-Orgau

### ausgelesener, neuer Original-Tänze und Märsche.

Monatlich 1 Lieferung, 4 Bogen größtes Notenformat  
in elegantester feinster Ausstattung.

Preis bei vierteljährlichem Abonnement pro Lieferung nur 12½ Sgr.

*Ernst ist das Leben,  
Leiter sei die Kunst!*  
Welches Tongebilde dürfte sich rühmen, leichter die Halten der sorgenvollen Stern zu glätten, rascher den Genuen des Frohsinns Eingang zu verschaffen, als ein frischer, fröhlicher Tanz! —

Die strengsten Meister einer früheren Periode verschmähten es daher nicht, sich mit Liebe und Hingabe in eine Kunfform zu vertiefen, die sich neben dem Volksliede als die älteste und ehrwürdigste auf dem Gebiete weltlicher Musik durch alle Zeiten bewährt und erhalten hat. — Anders unsere dermaligen Künstler. —

Während die einen ungerechter Weise der Tanzkomposition nur eine beiläufige Beachtung schenken zu müssen glauben, gehen die Andern sogar geflissentlich und mit vornehmem Achselzucken an ihr vorüber, es vorziehend, hinter unerhörten harmonischen und metrischen Gestaltungen — ihren Gedankenmangel zu verbergen. —

So ist es gelommen, daß (von ehrenwerten Ausnahmen abgesehen) die Tanzkomposition nach und nach zu einem fast ausschließlichen Privilegium dilettirender Komponisten herabgesunken ist, in deren Wirken man meist vergebens den belebenden Funken originaler Erfindung, wie überhaupt diejenigen Eigenschaften zu suchen pflegt, welche man mit Recht von einer gelungenen Tanzkomposition erwartet. —

Jenem Uebelstande abuhelfen, und durch eine Sammlung neuer und wahrhaft populärer Original-Tänze und Märsche für das Pianoforte dem verkannten und vernachlässigten Genre neuen Leben einzuhauen, hat

## Die Tanzstunde

sich zur Aufgabe gemacht. — Dieselbe erscheint unter der Redaktion des durch seine bisherigen Leistungen auch in weiteren Kreisen vortheilhaft bekannt gewordenen Komponisten

### Julius Lammers

und wird in regelmäßigen Monatsheften fortgeführt werden. —

Der Name des Redakteurs, dessen besondere Mitwirkung, ist dem Publikum Gewähr, daß die Tanzstunde sich als eine würdige Vertreterin des Guten und Schönen auf ihrem Gebiete erweisen wird. — Uebrigens beabsichtigt dieselbe in ihrer Eigenschaft als Central-Orgau nicht, sich auf einzelne, wenn immer hervorragende Kräfte zu beschränken, vielmehr will die Tanzstunde allen wahrhaft gelungenen Ercheinungen, welche auf anderem Wege noch nicht zur Veröffentlichung gelangt, hiermit ihren Raum bereitwillig angeboten haben.

Auch sollen, um dem Unternehmen die weiteste Verbreitung zu sichern, die einzelnen Tänze und Märsche in leichter Spielart gesetzt, resp. mit angemessenem Fingerfaz versehen werden.

Somit wird die Tanzstunde als ein wahrer Hauss- und Familienhass rasch beim musikliebenden Publikum Eingang finden, und sind wir schon jetzt in der Lage, bereits auf eine Abonnentenzahl

von über 6000 Exemplaren

hinzuweisen zu können. Die Verlagshandlung von Robert Apitzsch in Leipzig.

Sur Annahme von Abonnements empfiehlt sich hiermit für Posen und um-  
gegend die **Schlesinger'sche Buch- u. Musik-Handlung**,  
wohlst auch das erste erschienene Heft zur Ansicht vorliegt. —

In unserem Verlage sind erschienen:

## Haushaltungs-Kalender

für das Großherzogthum Posen und die angrenzenden Provinzen  
auf das Jahr 1869.

Preis pro Dutzend 2 Thlr. 2½ Sgr., einzeln 7½ Sgr.

Posen. W. Decker & Comp.

### Börse-Telegramme.

Berlin, den 15. Januar 1869. (Wolff's telegr. Bureau.)

Roggens, fest.		Röbdöl, fest.	
Januar . . . . .	52½	März. Posener Stamm-Aktien	62½
April-Mai . . . . .	51½	Franzosen . . . . .	173
Mai-Juni . . . . .	52½	Lombarden . . . . .	117
Konalliste: nicht gemeldet.		Neue Posener Pfandbriefe . . . . .	84
Röbdöl, still.		Russische Banknoten . . . . .	82
laufender Monat . . . . .	9½	Poln. Liquidat.-Pfandbriefe . . . . .	56
Frühjahr . . . . .	9½	1860. Loope . . . . .	77
Spiritus, behauptet.		Italiener . . . . .	54
laufender Monat . . . . .	15½	Amerikaner . . . . .	70
April-Mai . . . . .	15½	Türken . . . . .	37½
Juni-Juli . . . . .	16½		
Konalliste: nicht gemeldet.			

Stettin, den 15. Januar 1869. (Mareuse & Maas.)

Weizen, fest.		Röbdöl, fest.	
Januar . . . . .	69	Januar . . . . .	91½
Frühjahr . . . . .	69½	April-Mai . . . . .	9½
Mai-Juni . . . . .	70½	Spiritus, unverändert.	
Roggens, still.		Januar . . . . .	15½
Januar . . . . .	51½	Frühjahr . . . . .	15½
Frühjahr . . . . .	52	Mai-Juni . . . . .	15½
Mai-Juni . . . . .	52½		

### Börse zu Posen

am 15. Januar 1869.

Roude. Posener 4% neu Pfandbriefe 84½ Br., do. Rentenbriefe 86½ Br., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligat. 94 Br., 5% Odra-Melliorations-Obligat. —, do. 4% Stadt-Obligationen —, do. 5% Stadt-Obligationen —, poln. Banknoten 82½ Br., Posener Realcreditbank-Aktien 84 Br., instl. Binsen.

[Amtlicher Bericht.] Roggen [p. 25 Scheffel = 2000 Pf.] pr. Januar 47½, Jan.-Febr. 47½, Febr.-März 47½, März-April —, Frühjahr 47½, April-May 47½.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Fak) gefündigt 9000 Quart. pr. Januar 14½, Febr. 14½, März 14½, April —, April-May 15, Mai —, Juni —, Juli 15½.

[Privatericht.] Wetter: schön. Roggen: geschäftlos, pr. Januar 47½ Br., 47½ Br., Januar-Februar do., Februar-März do., März-April —, Frühjahr 47½ Br., u. Br., April-May do.

Spiritus: still. Gefündigt 9000 Quart. pr. Januar 14½ Br., Febr. 14½ Br., März 14½ Br., April —, April-May 15 Br. u. Br.

Wir erlauben uns hiermit unsere

# Lithographische Anstalt und Steindruckerei

zu allen in dies Fach einschlagenden gewöhnlichen und feinen Arbeiten, als: Adress- und Visitenkarten, Rechnungen, Quittungen, Circulaires, Wechseln, Anweisungen, Frachtbriefen, Etiquettes etc., bestens zu empfehlen und versichern durch prompte billige Bedienung und geschmackvolle Ausführung uns das Vertrauen des geehrten Publikums erhalten zu wollen.

Posen, im Januar 1869.

## Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.

### Die Zeitschrift für Bauwesen.

herausgegeben unter Mitwirkung der Königl. Technischen Bau-Deputation und des Architekten-Vereins zu Berlin,

redigirt von G. Erbkat.

Baurath im Königl. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, hat mit den soeben erschienenen Heften I. bis III. ihren

neunzehnten Jahrgang

begonnen.

Der Preis des Jahrgangs von 12 Heften mit einem Atlas von circa 100 Tafeln in Kupferstich, Lithographie und farbigem Druck, in Folio, Doppelfolio und Quarto (Text in gr. 4° mit vielen Holzschnitten) ist 8½ Thlr. Pr. Cr.

Die bereits erschienenen Hefte I. bis III. enthalten unter andern:

Amtliche Bekanntmachungen. — Die Land-Irrenanstalt zu Neustadt-Eberswalde von M. Gropius. — Die Portale der Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen von Durm. — Wohngebäude in Berlin von Hitzig.

Architektonische Mittheilungen über Todi von Laspeyres. — Eiserne Dachkonstruktionen von Schwedler. — Ent- und Bewässerungs-Anlage im südlichen Frankreich von Michaelis. — Die Bauwaage und deren Ergebnisse für den Gewölbebau von Heinzelring. — Ueber die Unterhaltung der Straßen in Paris von E. Müller etc.

Berlin, den 1. Januar 1869.  
Die Verleger  
Ernst & Korn.

### Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 17. Jan., Vorm. 10 Uhr: Herr Oberpred. Klette. — Nachm. 2 Uhr: Herr Kandidat Mehlfusse.

Petrikirche. Petrigemeinde. Sonntag den 17. Jan., Vorm. 10½ Uhr: Herr Konistorialrath Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Diaconus Goebel.

Neustädtische Gemeinde. Sonntag den 17. Jan., Vorm. 8 Uhr, Abendmahlfeier: Herr Prediger Herwig. — 9 Uhr, Predigt: Herr Konistorialrath Schulze.

Domkirche. Sonntag den 1. Jan., Abends 8 Uhr, Bibelstunde: hr. Konistorialrath Schulze in dem Hause Friedrichstr. 33 b.

Freitag den 22. Jan., Abends 6 Uhr, Gottesdienst: Herr Konistorialrath Schulze.

Garnisonkirche. Sonntag den 17. Januar, Vorm. 10 Uhr: Herr Militair-Oberprediger Haendler. — Nachm. 5 Uhr: Herr Divisionsprediger Dr. Steinwender.

Ev. luth. Gemeinde. Sonntag den 17. Jan., Vorm. 9½ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter. — Nachm. 3 Uhr: Derselbe.

Mittwoch den 20. Jan., Abends 7½ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 7. bis 14. Jan.: getauft: 5 männliche, 5 weibliche Pers., gestorben: 4 männliche, 4 weibl. Pers., getraut: 1 Paar.

### Familien-Nachrichten.

Friederike Rosenberg, Julius Kiliński, Verlobte.

Chodziesen. Gnesen.

Ihre heute vollzogene eheliche Verbindung zeigen ergeben an,

Posen, den 14. Januar 1869.

Bruno Breslau, Premier-Lieutenant im 1. Niederschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 46. und Adjutant des Landwehr-Bezirks-Kommandos Posen.

Louise Breslau, geb. Willenbacher.

### Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Fr. Marianne Stein in Potsdam mit dem Telegraphisten Fritz Mahle in Halberstadt, Fr. Marie Lüding in Rüthenhagen mit dem Pastor Hildebrandt in Seemerow, Fr. Margaretha Thraenhart mit dem Stadtrath Breslau in Naumburg a. S.

Geburten. Ein Sohn: Dem Kreisrichter Emil Kanter in Glatow. — Eine Tochter: hrn. v. Busse in Bischortau b. Delitzsch.

Die Markt-Kommission.

### Posener Marktbericht vom 15. Januar 1869.

von bis

Br. Sgr. Br. Br. Sgr. Br.

Heiner Weizen, der Scheffel zu 16 Meyen	2	21	2	22
Mittel-Weizen	2	15	2	16
Ordinärer Weizen	2	8	2	10
Roggens, schwere Sorte	1	26	2	1
Roggens, leichtere Sorte	1	27	6	—
Große Gerste	1	26	3	1
Kleine Gerste	1	5	1	5
Hafet	2	7	6	2
Kocherbösen	2	2	6	3
Buttererbösen	—	—	—	—
Winterrüben	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—
Sommerrüben	—	—	—	—
Sommerraps	1	20	1	21
Buchweizen	—	12	—	13
Kartoffeln	2	5	2	20
Butter, 1 Fak zu 4 Berliner Quart.	—			

Weizen weichend, p. 2125 Pfd. loko geringer Ungarischer 58—61 Rtl., besserer 62—63 Rtl., feiner 64—65 Rtl., gelber inländ. 69—71 Rtl., bunter polnischer 70½ Rtl., weißer 72—74 Rtl., 83½ Pfd. gelber pr. Jan. 69½ Rtl. nom., Frühjahr 68½, 69½ B. u. Gd., Mai-Juni 70, 69½, 69½, 69½ Bz. u. G.

Roggen. Termine wenig verändert, loko matter, p. 2000 Pfd. loko 52—52½ Rtl., pr. Januar 51½ Rtl. Gd., Frühjahr 51½—52—51½ Bz. u. Gd., Mai-Juni 52, 52½ Bz. u. Gd., Juni-Juli 53 Bz. u. Gd.

Serfe etwas gefragter, p. 1700 Pfd. loko geringe ungar. 42—43 Rtl., mittlere 44—45 Rtl., feine 47½—48½ Rtl., 69½ Pfd. schles. pr. Frühj. 49½ B.

Häfer unverändert, p. 1300 Pfd. loko 34—35 Rtl., 47½ Pfd. pr. Frühjahr 35½ Bz. u. Gd., Mai-Juni 35½ Bz.

Erbse stille, p. 2250 Pfd. loko Butter. 56—57 Rtl., Koch. 58—59 Rtl., Frühjahr Butter. 58 Bz. u. Br.

Mais p. 100 Pfd. 2 Rtl. 6 Bz. u. Br.

Widen loko 54—56 Rtl.

Rübel fest und höher, loko 9½ Rtl. Br., pr. Januar 9½ Bz. u. Gd., April-Mai 9½ Bz. u. Br., Septbr. 9½ Bz. u. Br.

Spiritus wenig verändert, loko 14½ Br., 14½ Gd., pr. Januar u. Januar-Febr. 14½ Bz. u. Br., Febr.-März 14½ Gd., April-Mai 15 Gd.

Bink 6 Thlr. 6½ Bz. in Posten auf Lieferung bezahlt.

Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien.

(Gefestigungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 14. Januar 1869.

	feine	mittlere	ord. Waare.
Weizen, weißer	82—84	79	71—75 57 G.
do. gelber	78—80	77	71—75
Roggen, schlesischer	64—65	63	61—62
do. fremder	—	—	—
Serfe	60—62	58	55—57
Häfer	39—40	38	36—37
Erbse	68—72	64	58—62
Raps	188	182	171
Rüben, Winterfrucht	181	177	167
Rüben, Sommerfrucht	173	169	161
Dotter	168	162	154

(Bresl. Börs. Bl.)

Wetterbericht für die Börsen.

Bromberg, 14. Januar. Wind: Ost. Witterung: trübe. Morgens 0°.

Mittags 0°. Weizen, 128—130 Pfd. holl. (83 Pfd. 24 Lth. bis 85 Pfd. 4 Lth. Sollgewicht) 67—68 Thlr. pr. 2125 Pfd. Sollgewicht, 131—134 Pfd. holl. (85 Pfd. 23 Lth. bis 87 Pfd. 22 Lth. Sollgewicht) 69—70 Thlr. pr. 2125 Pfd. Sollgewicht.

Roggen, 48—49 Thlr. pr. 2000 Pfd. Sollgewicht.

Serfe, kleine 38—40 Thlr. pr. 1875 Pfd.

Große Serfe 44—46 Thlr. pr. 1875 Pfd. Sollgewicht.

Kocherbse 51—53 Thlr. pr. 2250 Pfd. 3. G.

Häfer 28—30 Thlr. pr. 1250 Pfd. Sollgewicht.

Spiritus ohne Befür.

(Bromb. Btg.)

Breslau, 14. Januar. Amtlicher Produkten-Börsenbericht.

Kleesaat, rothe ruhig, ordin. 9—10½, mittel 12—13, fein 13½—14½, hochfein 15—15½. Kleesaat, weiße unverändert, ord. 11—13½, mittel 15—16½, fein 18—19½, hochfein 20½—21½.

Roggen (p. 2000 Pfd.) laufender Monat höher, pr. Januar 50½ Bz., Jan.-Febr. u. Febr.-März 50 Br., April-Mai 49½ Bz., Mai-Juni 50 Br.

Weizen pr. Januar 63 Br.

Serfe pr. Januar 53 Br.

Häfer pr. Januar 51 Br., April-Mai 51 Br.

Raps pr. Januar 90 Br.

Rübel schwach behauptet, loko 9½ Br., pr. Januar u. Jan.-Februar 9 Br., Febr.-März 9½ Br., April-Mai 9½ Bz., Mai-Juni 9½ Br., Septbr.-Oktbr. 9½ Br.

Sonds- u. Aktienbörsen.

Ausländische Fonds.

Berlin, den 14. Januar 1869.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleger 44 96½ Bz.

Staats-Anl. v. 1859 5 102½ Bz.

do. 1854, 55, A. 4½ 94 Bz.

do. 1857 4½ 93½ Bz.

do. 1859 4½ 94 Bz.

do. 1856 4½ 94½ Bz.

do. 1864 4½ 93½ Bz.

do. 1867 A.B.D.C. 4½ 93½ Bz.

do. 1850, 52 cond. 4½ 87½ Bz.

do. 1853 4 87½ Bz.

do. 1862 4 87½ Bz.

do. 1868 4 87½ Bz.

Staatschuldsschein 3½ 82½ Bz.

Präm.-Anl. v. 1865 3½ Berloofung

Präm.-St. Anl. 1855 3½ 120 Bz.

durch. 40 Thlr.-Obl. 5 55½ Bz.

Kur.-u. Reichs-Schd. 3½ 80½ Bz.

Öderdeichbau-Obl. 4½ —

Berl. Stadtoblig. 5 103½ Bz.

do. do. 4½ 96½ Bz.

do. do. 3½ 75½ Bz.

Berl. Börs.-Obl. 5 101 Bz.

Berliner 4½ 93 Bz.

Kur.-u. Reim. 3½ 76 Bz.

do. do. 4½ 83½ Bz. B

Östpreußische 3½ —

do. 4½ 90½ Bz.

do. 4½ 74½ Bz.

Pommersche 4 83½ Bz.

Posensche 4 —

do. neue 4 84½ Bz.

Sächsische 4 84 Bz.

Schlesische 3½ —

do. Lit. A. 4 —

do. neue 4 —

Weltpreußische 3½ 73½ Bz. B

do. 4 82½ Bz. 4½% 89½

do. neue 4 82½ Bz.

do. 4½ 83½ Bz. 50% 98½ Bz.

Kur.-u. Reim. 4 90½ Bz.

Bommeriche 4 90 Bz.

Posensche 4 87½ Bz.

Preußische 4 88½ Bz.

Rhein.-Westf. 4 90½ Bz.

Sächsische 4 90 Bz.

Schlesische 4 89½ Bz.

Preuß. Hyp.-Crt. 4 100½ Bz.

Pr. Hyp.-Pfd. 4½ —

Pr. Hyp.-G. 4½ —

Pr. Hyp.-Pfd. 4½ —